

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Reichstagsauflösung?

Gegenwärtig wird in der Presse vielfach die Frage diskutiert, ob eine Reichstagsauflösung stattfinden wird oder nicht?

Ständstoss zu einer Explosion ist allerdings vorhanden, aber man scheint in maßgebenden Kreisen innerhalb und außerhalb des Reichstags sehr vorsichtig um denselben herumzugehen zu wollen.

Das Material, welches gegenwärtig dem Reichstags zur Berathung vorliegt, ist weit harmloser Natur und wird kaum zu einem ernsthaften Krach Veranlassung geben. Das Budget wird ohne nennenswerthe Abstriche endgiltig bewilligt, die Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt werden, der Nord-Ostsee-Kanal ist im Prinzip schon bewilligt worden und die übrigen kleineren Vorlagen geben auch zu keinen besonderen Bedenken Veranlassung.

Unter den Initiativanträgen der Parteien ist nur ein einziger, der bei der Regierung böses Blut erregt; das ist der sozialdemokratische Antrag bezüglich der Ausweisung der Polen, dem die Polen selbst und die Deutsch-Freisinnigen einige abgeschwächende Anträge noch in derselben Richtung hinzugefügt haben. Aber auch die Berathung resp. Beschlussfassung über diese Anträge wird schon deshalb nicht zu einem ernsthaften Konflikt führen, weil der Reichskanzler entschlossen ist, die ganze Angelegenheit im Reichstags zu ignoriren und dieselbe im preussischen Landtage, wohin sie seiner Meinung nach gehört, zum Austrage zu bringen. Zwar wird das einzelne Parteien nicht hindern, die Sache im Reichstags mit aller Entschiedenheit zu verfolgen, aber, wie gesagt, es wird deshalb keine Explosion erfolgen.

Den übrigen Initiativanträgen, zur Arbeiterschutzgesetzgebung, zur Diätenfrage, zur Wahlreform u. s. w. steht die Regierung lässig bis ans Herz hinan gegenüber. Die Anträge in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung werden im Wesentlichen schon vom Reichstags selbst abgelehnt werden, so daß die Regierung in der angenehmen Lage sich befindet, gar keinen Entschluß treffen zu müssen. Dabei kann trotzdem von allen Seiten das bekannte „warme Herz“ für die Arbeiter bewahrt bleiben.

Wenn auch der Diätenantrag und vielleicht auch die Wahlreformvorschlüge vom Reichstags angenommen werden, so steht die Regierung denselben ein kaltes Nein! entgegen, wie sie es bei denselben Gelegenheiten schon mehrfach gethan hat.

Initiativanträge aus dem Reichstags sind überhaupt nicht geeignet, der Regierung einen ernsthaften Stoß zu versetzen oder eine Reichstagsauflösung herbeizuführen. Den ange-

nommenen Anträgen gegenüber stellt sich die Regierung einfach verneinend und Alles bleibt beim Alten. Zu jedem Gesetze gehört bekanntlich das Einverständnis der beiden gesetzgebenden Gewalten, des Reichstags und des Bundesraths. Beschließt der Reichstags ein Gesetz und der Bundesrath (die Regierungen) stimmt dem nicht zu, dann kann das Gesetz nicht in Kraft treten; beschließt der Bundesrath ein Gesetz, so bedarf es erst der Zustimmung des Reichstags, ehe die Vorlage Gesetzeskraft erlangt. Wenn somit die Regierung ein ihr wichtiges Gesetz im Reichstags einbringt, der Reichstags aber dasselbe verwirft, dann tritt an die Regierung die Frage heran, den Reichstags aufzulösen, um einen gefügigeren zu erhalten. Das verweigernde Gesetz bildet meist die Wahlparole.

Gegenwärtig liegt nun dem Reichstags kein einziger derartiger Gesetzesentwurf seitens der Regierung vor, dessen Ablehnung einen ernsthaften Konflikt herbeiführen könnte. Jedoch stehen solche Vorlagen noch in Aussicht. Zunächst wird der Gesetzesentwurf, das Branntweinmonopol betreffend, dem Reichstags sehr bald zugehen.

Dieses Gesetz hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn der Regierung es gelingt, mit dem Centrum zu paktiren, also auf dem Wege nach Romosa mit Erfolg weiter zu wandern. Hat sie dies nicht, so wird sie das Branntweinmonopol jetzt nicht erlangen, so sehr ihr an demselben zur Verbesserung der Finanzverhältnisse des Reichs und der Einzelstaaten auch gelegen sein mag. Daß wir dem Branntweinmonopol nicht zustimmen können, ist schon deshalb selbstverständlich, weil durch dasselbe der arme Mann zu Gunsten des Großgrundbesitzers noch mehr belastet wird.

Aber die Regierung wird sich wohl hüten, auf die Ablehnung des Branntweinmonopols mit der Auflösung des Reichstags zu antworten. Eine eilatante Niederlage bei den Neuwahlen wäre ihr gewiß — in dem Zeichen des Schnapses lassen sich in Deutschland noch keine Siege ersichten.

Drohender für eine Auflösung ist die zu erwartende Vorlage, die Verlängerung des Sozialistengesetzes betreffend. Die Deutsch-Freisinnigen wollen diesmal passiv sein; sie werden also, mit Ausnahme des Abg. Horwiz, gegen die Verlängerung des Gesetzes stimmen. Doch kann man heute noch nicht ermessen, ob vielleicht die bei der Abstimmung fehlenden Deutsch-Freisinnigen zu Gunsten der Annahme des Gesetzes den Ausschlag geben. Aber wir wollen einmal den günstigen Fall annehmen, daß die Deutsch-Freisinnigen ziemlich geschlossen gegen das Gesetz stimmen werden. Dann liegt, gerade wie bei dem Schnapsmonopol auch hier wieder die Entscheidung beim Centrum. Ob Regierung

und Centrum wegen des Kulturkampfes handels-einig werden, das bestimmt die Fortdauer des Sozialistengesetzes. So ist die Fortdauer eines so tief in das Volksleben einschneidenden Gesetzes abhängig von ganz anderen Erwägungen, als sie in dem Gesetze selbst liegen. Das ist allerdings ein Zustand, der durchaus nicht zu Gunsten der heutigen Gesetzgebung in Deutschland spricht.

Uebrigens sind wir auch überzeugt, daß ein großer Theil des Centrums auch ohne in für die Verlängerung des Sozialistengesetzes sich erklären wird, wenn einige schon früher von dem Abg. Windhorst beantragten unwesentlichen Veränderungen im Gesetze eintreten.

Wir glauben also nicht an eine Ablehnung des Sozialistengesetzes. Sollte sie aber trotzdem eintreten und der Reichstags auf Grund dieses ablehnenden Votums aufgelöst werden, dann würde die Arbeiterpartei unter einem Zeichen in den Wahllampf ziehen, der ihr große Siege verbürgte.

Ein weiterer Auflösungsgrund würde die Verweigerung des „Militärseptennats“ sein, das heißt, die siebenjährige Feststellung der Präsenziffer des stehenden Heeres. Früher wurde diese Ziffer alljährlich festgestellt, wie es sich auch für eine jährliche Budgetberathung geziemt. 1874 wurde die Präsenziffer auf sieben Jahre normirt und dieses „Septennat“ 1881 erneuert. Dasselbe dauert bis zum Jahre 1888. Die Regierung hat also noch ein Jahr Zeit mit der Vorlage desselben und so glaubt man jetzt auch allgemein, daß dieser Konfliktstoff, da man im Reichstags zu einer einjährigen oder doch dreijährigen Fixirung der Präsenziffer hinsteuern möchte, bis nächstes Jahr zurückgestellt werden wird.

Nach alledem halten wir eine Auflösung des Reichstags in diesem Jahre nicht für wahrscheinlich. Doch möge das Volk sich nicht überraschen lassen. Die Möglichkeit von Neuwahlen in diesem Jahre ist immer noch vorhanden. Deshalb rüste man sich überall schon zur kommenden Wahlschlacht.

Besonders aber die Arbeiterpartei, die unter viel schwierigeren Verhältnissen zu kämpfen hat, als in früheren Zeiten, soll die Augen offen halten und mit allem Eifer schon Vorbereitungen treffen, damit ihr ein noch glänzenderer Sieg werde, als bei den letzten Reichstagswahlen.

Politische Uebersicht.

Ueber einen neuen kolonialpolitischen Konflikt meldet ein Telegramm aus London folgendes: London, den 11. Januar. Das deutsche Kriegsschiff „Albatros“ landete auf den Samoa-Inseln Marinemannschaften, welche diese Inseln besetzten. Die Mannschaften hielten die Flagge des Königs von Samoa nieder, welcher entflo. Die Konsole von Eng-

getroffen, er war darauf vorbereitet, daß er das Spiel verlor.

Nach dem Tode Rabe's wurde die Untersuchung geschlossen und das Altenbündel wieder in das Repositorium gelegt.

Gegen Halm und die Frau Siebel ließ sich eine Anklage wegen Unterschlagung des Kindes nicht mehr erheben, die Sache war verjährt, und es lag überdies im Interesse aller Beteiligten, daß diese Angelegenheit nicht der Öffentlichkeit preisgegeben wurde. Die ehemalige Wärterin bezog ihre Pension weiter, und nach der Hochzeit Apollonia's mit Werner Kaltenborn begann Siebel wirklich einen kleinen Holzhandel, dessen Erfolg ihn zufriedensetzte.

Er gedachte oft mit freundschaftlicher Herzlichkeit des ermordeten Antiquars, der sich seiner annahm, als Alle ihm mit Verachtung den Rücken wandten, und dem er es verdankte, daß er nicht mehr der willenlose Sklave böser Leidenenschaften war.

Daß der Kammerdiener den ihm aufgebürdeten Raubmord nicht begangen hatte, erkannte Siegfried bald, so völlig spurlos liegen die Spuren eines solchen Verbrechens, und noch dazu in so kurzer Zeit, sich nicht verwischen.

Und diese Spuren wurden bald darauf auch entdeckt, sie führten zur Verhaftung eines oft bestraften Verbrechers, der nach langem, vergeblichem Zeugnien die That eingestand.

Er hatte den Plan, Jakob Hochmuth zu berauben, längst gehegt und an jenem Abend sich in die Wohnung des Antiquars eingeschlichen, um seinen Vorschlag auszuführen.

Während des Wortwechsels zwischen Hochmuth und dem Kammerdiener hatte der Mörder im Hausflur gestanden; als die Lampe umfiel und Joseph hinausstürzte, war dieser günstige Augenblick zur Verübung der ruchlosen That benützt worden.

Joseph wurde aus der Haft entlassen. Er war ohne Mittel und ohne Zeugnisse, Niemand wollte ihn in seine Dienste nehmen, aus der Heirat mit Fränzchen, die jetzt mit der Generalin einen neuen Kontrakt schloß, konnte

Feuilleton.

Die Hand der Nemesis.

Roman

von

Ewald August König.

(Schluß.)

„Sie mögen Recht haben, Georg, und um so empörender ist meine Behauptung, daß er nur mein Interesse im Auge gehabt habe! Und dennoch hätte ich lieber gesehen, daß ihm die Flucht gelungen wäre!“

„Selbst auf die Gefahr hin, daß ein Schuldloser für den Nord hätte büßen müssen?“ fragte der Oberst.

Frau von Studmann preßte die Lippen auf einander, ein herber Zug umwandelte ihre Mundwinkel; für sie war dieser schuldlos Angeklagte ein Feind, den sie fürchtete und hasste, weil er Arabella ihr rauben wollte.

Das Geständniß, welches er mir gemacht hat, genügt, den Schuldlosen zu befreien und von der Anklage zu reinigen,“ sagte sie, „ich hätte es für meine Pflicht erachtet, von jenem Geständniß zu diesem Zweck Gebrauch zu machen.“

In diesem Augenblick trat Siegfried hastig ein, ein einziger Blick ließ ihn erkennen, daß alle seine Befürchtungen unnütz gewesen waren, erleichtert athmete er auf.

Der Oberst aber sagte Arabella an der Hand und führte sie in die Arme seines Sohnes.

„Wir wissen Alles,“ sagte er, „aber nichts hat hier sich geändert!“

Die so rasch erfolgte Verhaftung Rabe's war das Werk Barnelows gewesen.

Nach seiner Begegnung mit dem tödtlich verhassten Gegner hatte Herr von Barnelow an einer Straßenecke Posto gefaßt und den ehemaligen Freund beobachtet; er hoffte mit Sicherheit auf den Triumph, daß derselbe als Gefangener an ihm vorbeigeführt werde, nach seiner Ansicht mußte Rabe im Gerichtsgebäude verhaftet werden.

Diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Er sah, daß Rabe in das Wirthshaus ging und beschloß, ruhig stehen zu bleiben und das Weiter abzuwarten. Wenn die Beamten kamen, die den Verbrecher suchten, konnte er ihnen denselben überliefern, sein glühender Haß gegen diesen Mann kannte keine Schranken mehr.

Aber Rabe verließ ungefährdet das Wirthshaus und eilte in Fieberhast die Straße hinunter.

Er mußte jetzt wohl die Gewissheit erhalten haben, daß die Häsher ihm schon auf den Fersen waren.

Barnelow folgte ihm in angemessener Entfernung, und als er sich überzeugt hatte, daß Rabe die Stadt verließ, wußte er auch, daß der Flüchtling bei seiner Schwester Hilfe suchen wollte.

Herr von Barnelow beeilte sich, dem Untersuchungsrichter seine Vermuthungen mitzutheilen, Siegfried hatte das Bureau schon verlassen, der Aktuar nahm die Meldung in Empfang und berichtete sie sofort dem Polizeikommissar.

Willibald Rabe schien noch immer nicht zu glauben, daß er die letzte Karte ausgespielt habe.

Ein anderer Richter hatte die Untersuchung gegen ihn übernommen, frech und trotzig trat der Angeklagte ihm entgegen, darauf pochend, daß die ganze Anklage sich nur auf Vermuthungen, nicht aber auf überzeugende Beweise stütze.

Der Richter las ihm die Geständnisse Halm's, der Frau Siebel und des Kammerdieners vor, er machte ihn sodann darauf aufmerksam, daß er selbst der Generalin gegenüber ein offenes Bekenntniß abgelegt habe und der Oberst von Studmann dasselbe bezweigen könne.

Rabe lachte trocken aus, aber am nächsten Morgen fand der Schlichter ihn in der Zelle todt.

Er hatte Blausäure genommen, und wie bei dem alten Georg, mußte auch bei ihm der Tod fast augenblicklich eintreten sein, die starre Hand hielt noch das kleine Krystallflacon umschlossen, in dem das Gift enthalten gewesen war.

Bei der Besichtigung der Leiche entdeckte man, daß dieses Flacon in die Brustwundtöffnung seines Hodens eingeschoben war, Rabe hatte also seine Maßregeln für jeden Fall

Land und Nordamerika legen Protest ein. Ein Manifest der deutsch n Kaufleute soll, wie von englischer Seite gemeldet wird, nur durch die Intervention der erwähnten Konsuln verhandelt werden sein. — Ob diese aus englischer Quelle geflossene Nachricht in allen Punkten zutrifft, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Eine Besetzung der Inseln, zu dem Zweck, sie unter deutsches Protektorat zu stellen, kann wohl kaum stattgefunden haben, da vom Ende der sechziger Jahre zwischen Deutschland, England und den Vereinigten Staaten ein Vertrag besteht, wonach Samoa's Selbstständigkeit nicht durch Annexion beeinträchtigt werden soll.

Die Entscheidungsgründe des Papstes in der Karolinfrage werden jetzt von spanischen Zeitungen veröffentlicht. Der Pops stützt sich bei der Entscheidung darauf, daß die Inseln schon im 16. Jahrhundert von Spanien entdeckt und daß die spanische Regierung zu verschiedenen Zeiten Handlungen zum Wohl der Eingeborenen vollzogen habe, welche darauf schließen lassen, daß sich die spanische Nation in der Ueberzeugung befindet, ein Souveränitätsrecht über die Insel zu besitzen. Außerdem sei aus verschiedenen Schriftstücken, welche sich in den Archiven der Propaganda befinden, ersichtlich, daß Spanien einen wohlthätigen Einfluß auf die Bewohner dieser Inseln ausgeübt habe. Auf Vorschlag des Papstes ist die Einigung auf folgender Grundlage zu Stande gekommen:

1) Die deutsche Regierung anerkennt die Priorität der spanischen Okkupation der Karolinen- und Palaosinseln.

2) Die Grenzen sind gebildet durch den Aequator und den 11 Gr. n. Br. und den 133 Gr. und den 164 Grad ö. L. (Greenwich).

3) Die spanische Regierung verpflichtet sich, um den deutschen Unterthanen die vollständige Freiheit des Handels, der Schifffahrt und der Fischerei im Bereich der Karolinen und Palaos zu gewährleisten, auf jenen Inselgruppen analoge Bestimmungen anzuwenden, wie sie in den Artikeln 1, 2 und 3 des Protokolls, betreffend den Sulu-Archipel (Madrid, 11. März 1877), vorgegeben und in dem Protokoll vom 7. März 1886 wieder aufgenommen worden sind.

Diese Bestimmungen sind in Kürze folgende:

Im Karolinen- und Palaos-Archipel sind Handel und Verkehr und Fischfang vollkommen frei. Deutsche Schiffe und deutsche Unterthanen dürfen nicht angehalten werden, irgend einen bestimmten Hafen anzulassen; es können von ihnen keine Abgaben irgend welcher Art erhoben werden. Die spanischen Behörden haben sich jeder Einmischung in die Angelegenheiten deutscher Schiffe zu enthalten und dürfen auf keine Weise und unter keinem Vorwand die freie Einfuhr und Ausfuhr aller Arten von Waaren, ohne irgend welche Ausnahme, verhindern.

Nur in den von Spanien okkupierten Punkten kann die spanische Regierung Hölle errichten, Sanitätsmaßregeln und andere Einrichtungen treffen, so lange die tatsächliche Okkupation der Punkte dauert. Aber Spanien verpflichtet sich, dort die Behörden und Einrichtungen zu erhalten, welche notwendig sind, um den Bedürfnissen des Handels zu genügen. Diese Hölle dürfen jedoch nicht höher sein, als die sonstigen, im Vertrage vorgegebenen Tarife. Auch an diesen Punkten dürfen aber keine besonderen Verfügungen betreffs deutscher Unterthanen erlassen werden.

Zur Vermeidung von Reklamationen muß Spanien in jedem einzelnen Falle die tatsächlich erfolgte Besetzung eines Punktes der deutschen Regierung anzeigen, auch eine Bekanntmachung in den Zeitungen von Madrid und Manila erlassen. Hölle und sonstige Bestimmungen dürfen erst acht Monate, nachdem sie erlassen sind, in Kraft treten.

Der Schlussartikel des Protokolls besagt, daß die Bestimmungen dieses Ausgleichs in Kraft treten werden, wenn innerhalb von acht Tagen der (am 17. Dezember erfolgten) Unterzeichnung von keiner der beteiligten Mächte ein Einspruch erhoben worden ist.

Nach einer offiziellen Ausrufung der „Nordd. Allg. Zig.“ ist aber der endgültige Abschluß noch nicht erfolgt. Es heißt da: Nachdem durch den Abbruch der Sitzungen der spanischen Cortes und durch die Ankündigung ihrer Auflösung der endgültige Abschluß der Karolinfrage verlagert ist, sind die Verhandlungen darüber als noch schwappende anzusehen, und wird nach diplomatischem Brauche die Veröffentlichung derselben voraussichtlich bis zum erfolgten Abschluß verschoben werden.

Zur Geschichte der Karolinfrage meldet das „Deutsche Tagebl.“ aus angeblich zuverlässiger Quelle folgendes: Die bekannte Wendung, welche die ganze Angelegenheit nahm, ist, wie wir erfahren, lediglich auf die Haltung der an dem Handel auf den Karolineninseln in erster Linie interessierten deutschen Kaufleute — besonders derer in Hamburg — zurückzuführen. Dieselben hatten zuerst in einer Fluth von Berichten dem Reichskanzler den Rath gegeben,

schnelldig vorzugehen. Als aber der Konflikt mit Spanien ausbrach, wichen sie ängstlich zurück und erklärten, sie könnten ebenso gut unter spanischer Herrschaft gedeihen. Auf die vom Fürsten Bismarck an sämtliche Interessenten gerichtete Frage, ob sie bereit wären, für die Karolinen die Regierung selbst zu führen, da das Deutsche Reich diese neue Verantwortung nicht auf sich nehmen könne, antworteten sie, wenn man ihnen nicht einen laienhaften Staat bis zum Gendarmen und Schutzmann herab einrichte, könnten sie unmöglich eine Annexion der Inseln weiterhin billigen. Darauf erklärte dann Fürst Bismarck, wenn die Rücksichtbehalten zu wenig Interesse für diese Angelegenheit zeigten, so werde man auch deutscherseits nicht für sie gegen Spanien, mit dem das Deutsche Reich zahlreiche Handelsbeziehungen verknüpfte, amennen.“ — Die Kaufleute, speziell die Hamburger, werden nun wohl auch das Wort ergreifen.

Im Justizanschnusse des Bundesrathes ist der Antrag Hamburgs wegen Verfolgung von Schuldnern im Auslande und Beschlagnahme ihrer im Auslande lagernden Waaren, angenommen worden. — Eine ältere Streitfrage zwischen Preußen und Mecklenburg-Strelitz wegen des Dechow Kanals ist gleichfalls von demselben Ausschusse erörtert, aber noch nicht erledigt worden.

In der Budgetkommission des Reichstages gab Staatssekretär Dr. Stephan interessante Aufschlüsse über den Umfang und den finanziellen Ertrag der Fernsprech-Anstalten. Zur Zeit existiren deren in 81 Städten mit rund 13000 einzelnen Anschlüssen; in 10 anderen Städten ist die Einrichtung in Vorbereitung. In Berlin bestehen rot. 4000 Anschlüsse, für welche täglich etwa 48000 Verbindungen hergestellt werden. Die Ausdehnung von den großen Städten aus auf deren Umgebungen weist gute Erfolge auf. Augenblicklich ist die Verbindung von Dortmund, Düsseldorf und Eberfeld mit dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet in Vorbereitung. Versuche, die Fernsprechanstalten auch auf größere Entfernungen, z. B. Berlin—Hannover und Berlin—Breslau anzuwenden, sind im Gange. Die finanziellen Ergebnisse gestalten sich also: 1882/83 Ausgaben 316 000 Mark, Einnahmen 600 000 Mark; 1883/84 Ausgaben 488 000 Mark, Einnahmen 1 080 000 Mark; 1884/85 Ausgaben 642 000 M., Einnahmen 1 350 000 Mark. Eine Ermäßigung der Gebühren glaubte Herr Stephan gleichwohl nicht in Aussicht stellen zu können, da es unumgänglich sei, die oberirdischen Drähte durch unterirdische zu ersetzen, womit demnächst begonnen werden sollte.

Die Unfallversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter, wie sie vom Bundesrathe an den Reichstag gelangt ist, hat gegen frühere Vorschläge wesentliche Änderungen erhalten. In Berücksichtigung der vom Reichstage geäußerten Wünsche sollen nämlich die Familienangehörigen des Betriebsunternehmers der obligatorischen Unfallversicherung nicht unterliegen, wenn sie von dem Familienhaupte, ungeachtet ihrer Beschäftigung in demselben Betriebe, Lohn oder Gehalt nicht empfangen. Sie sollen nur dann als „Arbeiter“ anzusehen sein, wenn sie Lohn erhalten. Im Uebrigen aber soll es dem Betriebsunternehmer überlassen bleiben, ob er seine Angehörigen freiwillig versichern will oder nicht. Das Familienhaupt ist schon auf Grund zivilrechtlicher Bestimmungen zur Fürsorge für seine Angehörigen auch bei Betriebsunfällen verpflichtet. Der event. Ausschluß der Angehörigen hat die Wirkung, daß nicht nur die Zahl der versicherungspflichtigen Personen, sondern auch die der zur Beteiligung an den Berufsgenossenschaften verpflichteten Betriebe vermindert wird. Dadurch würden gerade die kleinsten Betriebe im Wesentlichen aus der Versicherung ausscheiden.

Aus Hamburg wird folgendes mitgetheilt: Am verflochtenen Sonntag sind die hiesigen Sozialdemokraten wieder gewaltig rührig gewesen. Sie vertheilten in den kleinen Städten und Dörfern im 6. und 8. hollsteinischen, im 3. hamburgischen und im lauburgischen und baarburgischen Wahlkreise, trotz des in Masse gefallenen Schnees ein Flugblatt, betitelt: „Was will die Arbeiterpartei? Ein offenes Wort an die Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern in den kleinen Städten und auf dem Lande, von Wilhelm Hasenclever“, wie es heißt, in 20 000 Exemplaren. Einige von den Verbreitern sollen polizeilich notirt worden sein.

Die „Kleinen“ in den Balkanstaaten sollen nun endgültig zur Raision gebracht werden. Rußland, man denke, das „heilige“ Rußland! hat bei den „Großen“ den Antrag gestellt, die ersteren zu einer allgemeinen Abreißung zu zwingen. Serbien, Bulgarien und Griechenland sollen durch eine Kollektion der Mächte gleichzeitig dazu aufgefordert werden und nach einem Telegramm aus London steht die Absendung dieser Note bereits unmittelbar bevor. Welche Gründe unserer „Erdsfreund“ zu diesem Vorgehen veranlaßt haben, ist noch nicht ersichtlich. Originell ist es gewiß, daß die Großen monatelang brüten mußten, bevor sie zu diesem einfachen Ge-

nicht übernehmen, er konnte sein Trauen vor dem Häuschen im Park nicht überwinden, so blieb er denn bei seinen Pferden, die ihm geduldig zuhörten, wenn er auch die unglaublichsten Geister- und Gespenstergeschichten erzählte, von denen der neue Verwalter gar nichts wissen wollte. An dem Unglauben Anderer lag ihm nichts, nur von Marianne konnte er keinen Spott ertragen, und die Ursache war leicht zu errathen, als er nach einiger Zeit, von dem Oberst unterstützt, sich als Fuhrunternehmer in der Stadt niederließ und Marianne als sein Weib heimführte.

Ella von Loffow trauerte ihrem Verlobten nicht nach, den Gerüchten, die über diese Verlobung in Umlauf waren, trat der Baron mit aller Entschiedenheit entgegen, und als er erfuhr, daß Herr von Barmelow sich ein besonderes Vergnügen daraus machte, diese Gerüchte zu verbreiten, ruhte er nicht, bis dieser Glückwritter entlarvt, in allen Kreisen unmöglich gemacht und gendhigt war, den bisherigen Schauplatz seines gefährlichen Willens zu verlassen.

Und als dann der zum Landrath ernannte Polizeipräsident um die mit einem reichen Rittergut gefegnete Hand des Freiräuleins von Loffow warb, erhielt er ohne Zögern das Jawort, und in derselben Woche, in der Siegfried seine geliebte Braut zum Altar führte, wurde auch die Hochzeit Ella's mit dem Landrath gefeiert.

Und bei beiden Festen ließ es sich der Justizrath Balthes nicht nehmen, in seiner ködnen Weise einen humoristischen Trinkspruch auf das Brautpaar auszubringen.

Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart

von Karl Zielske. [3

Sie lachte froh und stieß dann mit ihrem Manne an.

„Sei doch lustig, Alter,“ rief sie übermüthig, „ich werde nicht lachen, verlaß Dich darauf, so lange Du vernünftig bleibst.“

Der Mann erwiderte nichts, sein eingefallenes, unsympathisches Gesicht wurde nur um eine Rünge blässer.

danken gelangen konnten. Wenn derselbe mit dem gebildeten Nachdruck zur Anwendung kommt, so werden die Kleinen hören müssen mit dem Strampeln, während die Großen — weiter rüsten. Sollte es denn nicht auch bei dem möglich sein, dem Ungeheuer Militarismus ein Ende zu reiten?

Oesterreich Ungarn.

Das Ausreten der kroatischen Opposition im Landtage Agram ist, wenn auch nicht zu billigen, so doch sicher zu schuldigen, angeheiß des Vorgehens der kroatischen Regierung so wird dem Wiener „Baterland“ von einem Korrespondenten aus Agram geschrieben:

Wenn einmal eine Geschichte der Fälschung der öffentlichen Meinung durch die Wahlen geschrieben werden wird, so wird darin Kroatiens an erster Stelle gedacht werden. Was zu Lande von den Regierungsorganen in Anwendung der Gewaltmittel behufs Unterdrückung der wahren Volksmeinung geschieht, das verdient in erster Reihe genannt zu werden. Einen neuen Beleg, wenn es nach den Landtagsdebatten ist die vorjährige Neuwahl noch eines solchen bedürfen ist, bietet die gestern vollzogene Landtagswahl in Banija Karlstadt. Der Wahlbezirk Banija war bislang durch verstorbenen Abgeordneten Wilhelm Hay vertreten, er gehörte der Regierungspartei an. Es ist sehr natürlich, daß nach ledigung des Mandates die Opposition Anstrengungen machte um diesen Bezirk zu erobern; zu diesem Behufe verfügte der Kandidat der unabhängigen Nationalpartei, der die Apotheker Kalkic, in den Wahlbezirk, um sich den Wähler vorzustellen und wie üblich ihrem Vertrauen zu empfangen. Dies ist gewiß ein erlaudter Vorgang; allein geistreiche Herr Bizogespann war anderer Meinung, fand, daß der oppositionelle Kandidat das Volk „leide“ und „aufwegele“, und ließ ihm zu wissen machen, die Gendarmen Befehl habe, ihn aufzugreifen und nach Karlstadt zu bringen. Aber nicht nur dem Kandidaten der Opposition erging es so, auch Advoat Dr. Jordan, welcher Kandidatur Kalkic unterstützen wollte, empfing einen ähnlichen Befehl, der in deutscher Uebersetzung etwa wie lautet:

Herrn Dr. Anton Jordan, Advoat in Karlstadt. Es wird mir zur Kenntniß gelangt, daß Sie im Vereine mit Hrn. P. Kalkic, Apotheker aus Agram, den Wählern des Wahlbezirk Banija destruktive Lehren erteilen. Aus diesem Grunde erhält die königliche Gendarmenstation, sowie die Gemeindevorsteherung den Auftrag, Sie, falls Sie bei einer solchen Handlung ertappt werden sollten, aufzugreifen und hierher zu führen, wo man gegen Sie nach dem Gesetze vorgehen wird. Königlichkeits-Bizogespanschaft in Karlstadt. Kovacic.

Außer diesen Androhungen gestiel es dem genannten Vertreter der politischen Behörde, noch diverse Verhaftungen von oppositionellen Wählern anzuordnen, was Alles er als Folge des Gesetzes eher hätte verbinden müssen. Jedemfalls werden die Vorgänge bei dieser Wahl im Landtage zur Sprache kommen und es wird dann interessant sein, die Details dieses famosen Wahlganges zu vernehmen.

Spanien.

Schon wieder wird von einem Aufstande berichtet, leicht für die jetzige Regierung verhängnißvoll hätte werden können. In der Nähe der Stadt Carthagena, hart am Meer befindet sich das Fort St. Julien, welches von einer kleinen Abtheilung Soldaten, die sich unter dem Kommando des Gouverneurs befinden, besetzt gehalten wird. Dieses Fort wollten die Aufständischen überrumpeln und das gelang ihnen auch. In der Nacht vom 10. bis zum 11. d. M. näherten sich dieselben unter Führung eines Sergeanten dem Fort, dem Thor thnen von einem Sergeanten der Besatzung, welcher den Plan eingeweiht worden, geöffnet wurde. Schnell drangen die Aufständischen ein und es gelang ihnen, den Gouverneur festzunehmen und so das Fort in Besitz zu nehmen. Einigen Stunden rückten von Carthagena 5 Kompanien nach dem Fort vor, der General Fajarda ließ die Kompanien in einer gewissen Entfernung halt machen, und ließ sich nur mit vier Gendarmen näher an das Fort, um die Aufständischen zur Uebergabe zu bewegen. Letztere gaben die Feuer und verwundeten den General durch 4 Schüsse. Da indeß die Unmöglichkeit erkannten, in dem Fort Widerstand zu leisten, will sie durch die Besatzung nicht unterstützt werden, so entflohen sie nach dem Meere, wo ein Schiff den Tag, welches sie den Verfolgern entführte.

Afrika.

In Süd-Afrika hat sich eine Republik unter dem Namen „Upingtonia“ gebildet, über deren Entstehung der englischen Regierung folgende Mittheilungen zugegangen sind: „Ein wissiger Jordan, ein Kaufmann, der vorgiebt, einen Theil von Oamposland dem Hauptling dieses Territoriums abgekauft zu haben, hat das Gebiet in Farmen an Europäer veräußert.“

„Es ist gut,“ sagte er endlich, „ich was Du lassen kannst, jetzt gehen wir schlafen, wecke das Kind.“

Er erhob sich hastig, kurze Zeit darauf waren die Lichter in dem weitläufigen Gebäude erloschen. Der Schloß hatte sich Aller bemächtigt.

Der folgende Morgen sah die Gesellschaft bei ihrer wohneten Thätigkeit. In dem Städtchen war Jahrmärkte der Direktor Weber versprach sich von demselben eine reiche Ernte.

Auf dem freien Plage, auf welchem dieses Volk vor sich ging, hatte man der Kunstvereinsgesellschaft die theilhafteste Stelle angewiesen, der Direktor verstand es immer, sich und die Leistungen seiner Leute in das vortheilhafteste Licht zu setzen.

Aus dem großen Wagen waren die Bestandtheile einer ziemlich umfangreichen Leinwandzelle hervorgeholt worden und Alle waren emsig beschäftigt, den Schauplatz der Thätigkeit herzurichten.

An der Vorderseite des Festes prangte eine große Malerei. In den hellsten Farben war die Menschenschlange dargestellt, die Figur der Ritter Weber war bis an die Ungeheuerliche vergrößert, hoch oben balancierte die Kugel, die hier auf dem Bilde zum Ueberflus noch eine große Gewichte in den Händen hielt.

Im Laufe des Tages füllte sich allmählig der Landplatz aus der Umgebungen waren zu Wagen gekommen um ihre Einkäufe zu besorgen, sie gingen stauend und Pfeifen rauchend durch die Budenreihen, und allmählich hatte sich eine ziemliche Menschenmenge vor dem Feste der Kunstvereins angeammelt. Leise flüsternd tauschte die mehr oder weniger geistreichen Bemerkungen aus, man an das Bild knipfte, und die hieheren Bewohner äußerten nicht unerhebliche Zweifel darüber, es überhaupt möglich wäre, ein derartiges Kunststück zu Stande zu bringen.

Vorläufig herrschte noch tiefe Stille hinter dem Schloß. Das Publikum fing bereits an, ungeduldig zu werden, höhnische Rufe wurden laut, trotzdem regte sich nichts.

Im Innern des Leinwandzelles hatte es eine stürmische Szene gegeben.

Die Wuth des Direktors über die unverblämten Bemerkungen, welche ihm seine Frau am vorhergehenden Abend

ohne Grund Art von davon er schienen Angelegen nördlich genüchlich unangene vertreteten Welche m schlichlich

Die drei aufgebau gemeint sie doch ihnen Leben, ernähr empfin klar er lich be seinem höfplatz Buden die sch fanden gegen 1 angelom von gef ständliche Kleinere Buden-mand diese S das St trug. I werden in vorr Und so werden. Er sel Großsch es den Markt baifins, letzteren weife v die Abf zu trag fast im die M gefahre Bro J werden kostete Betrag des ge offenen ein ga braune standhig braune gebrach deren sühligge brauert markte. Somm Halle hatte ernähre das va haben, Vorbei Koblen zu schi losung Streich Umher

richtig: Schlit Stadli

gemach seine b diese l über i Intere Lebere traut als es pfflegt.

er hat in Be eia un noch immer einer sich u sie ni hatten Fabrik dem d Direkt nen k erbäre den A

sich a Schw als er nicht, Schw Straß seiner weilen sie lie vorne einige fernem

angeln den d

angeln den d

angeln den d

ohne Ermächtigung den Distrikt Upingtonia genannt und eine Art von Rath hergestellt haben. Die Kap-Regierung hörte davon erst, nachdem Berichte darüber in den Zeitungen erschienen waren, und sie steht in keiner Verbindung mit der Angelegenheit. Sie vermeldet gefälligst jedwede Einmischung nördlich vom Orangefluße, wie dies von der Reichsregierung gewünscht wird. — Den Engländern ist es natürlich recht unangenehm, daß sie nicht Pathe stellen bei den Neugeborenen vertreten könnten, ihr Vordringenswunsch, ganz Südafrika in der Weise wie Indien unter ihre Herrschaft zu bringen, wird erschwerlich immer mehr zur Schimäre.

Lokales.

Die Tage der offenen Märkte sind gezählt. Noch drei Monate und die drei bedeutendsten unter ihnen haben aufgehört zu existieren. Es werden ihnen wenig Thränen nachgeweiht werden. Aber ohne Lobte und Verwundete werden sie doch auch nicht hinübergehen in die besseren Hallen. Mit ihnen schwinden wieder Einrichtungen aus dem Berliner Leben, die mit dem Marktwesen innig verknüpft, wesentliche Bestandtheile desselben waren, die eine Anzahl Personen gut ernährten und andere zu gewisser Wohlhabenheit führten. Am empfindlichsten wird der in Berlin weit und breit unter dem Namen „Budenengel“ bekannte Unternehmer betroffen. Eigentlich heißt er nur Engel. Aber er verdankt den Beinamen seinem Metier: auf den großen Märkten, namentlich dem Dönhofsplatz, für die Schlächter die für ihren Betrieb benötigten Buden aufzurichten. Wenn mit dem Grauen des Morgens die schmer beladenen Schlächterwagen nach den Märkten zogen, fanden sie ihre Buden schon aufgerichtet. Am Abend vorher, gegen 11 Uhr ist der Budenengel mit seinem Wagenpaar herangekommen, zehn hochbesetzte Wagen mit einer kleinen Armee von geschulten Arbeitern, die im Nu die aus Lackenwerk bestehenden Buden aufschlugen und sie vor dem Beginn des Kleinverkaufs wieder abzubauen hatten. Engel hatte diese Buden-Erichtung zu einem Monopol herausgearbeitet. Niemand kam ihm darin gleich und so ist er denn auch durch diese Spezialität zu einem reichen Manne geworden, obwohl das Standgeld für Abonnenten nur 6 bis 8 M. monatlich betrug. Das wird nun ein Ende haben. In die Markthallen werden die Buden Engels ihren Einzug nicht halten. Dort ist in vornehmer Weise für die Einrichtungen Sorge getragen. Und so werden sie denn, wie der Bekker sagt, Brennholz werden, in Rauch ausgehen, wie sein ganzes Unternehmen. Er selbst aber wird wieder, was er zuvor gewesen, Großschlächter. — Ähnlich wie dem Budenengel ergiebt es den Besitzern und Verleiher der Fischhäuser. In den Markthallen warten der Karpen, Bander und Kalle Marmorbaisn, auf den Märkten mußten es die „Buden“ thun. Die letzteren waren theilweise Eigentum der Händler selbst, theilweise von Unternehmern, die sie verpachteten, aber auch für die Abfuhr, Füllung mit Wasser und Aufbewahrung Sorge zu tragen hatten. Die Fischhändler — sie sendeten bekanntlich fast immer ihre Frauen und Töchter als Verkäuferinnen auf die Märkte — kamen mit den Fischen in großen Buden angefahren, die sie dann in die bereitstehenden Häuser verstellten. Pro Faß mußte an den Festtag täglich 50 Pfennig bezahlt werden, einschließlic einmahligen Füllens, jedes weitere Füllen kostete 5 Pfennig extra. Und trotz dieser ansehnlichen kleinen Beträge soll auch das Vermögen der Fischhändler ein lohnendes gewesen sein. — Nicht minder von dem Schicksal der offenen Märkte werden die Kaffeestände betroffen. Das war ein gar seltsames Geschäft! In großen Räumen wurde der braune Trank gebrüht — es ist nicht nöthig, aber seine Bestandtheile eine Untersuchung anzustellen — und dann in braunen drehbaren Bunsenlauer Kannen von Stand zu Stand gebracht, immer mit einem großen Stück Napfuchen oder anderem Gebäck, dem der Marktweg mehr grobbräunliche als feinfärbige Bezeichnungen gegeben hatte. Die berühmteste Kaffeebrauerin der Märkte war Frau Andersen auf dem Bendarmenmarkt. Sie nahm von den Berliner Angosts an schönen Sommertagen an 90 Mark ein — die Kaffeebrennerin der Halle stehen hinter denen der Boudoirs nicht zurück — und hatte einen leichtsinnigen Mann und eine große Familie zu ernähren. Auch damit ist's nun vorbei. Die Markthalle wird das vornehmere Büffet kennen, sie wird so gleichmäßige Wärme haben, daß es des Kaffees als Heizmaterial nicht bedarf. — Vorbei wird es auch mit den ungraziösen und ungefunten Kohlenbecken sein, welche die Marktfrauen sich unter die Säge zu schieben pflegten, wobei mit den jungen, der Verwahrlosung gewöhnten flehenden Händlerinnen mit Pitronen und Streichhölzern, die alle Lust für geregelt Thätigkeit bei ihrem Umherstreifen verloren. (H)

Ueber entsetzliche Unglücksfälle auf dem Eise wird berichtet: Das schöne Wetter lockte am Sonntag fast alle Schlittschuhläufer hinaus; die Pferdebahnen wurden gefüllt, Stadtbahnzüge waren überfüllt, alles zog hinaus ins Freie.

gemacht hatte, war zum Ausbruch gekommen, er hatte gegen seine Frau die gräßlichsten Drohungen ausgesprochen, und diese hatte es nicht für nöthig gehalten, ihrem Manne gegenüber zu schweigen.

Die beiden Kinder waren dem Streit mit begreiflichem Interesse gefolgt. Sie waren beide durch das herumziehende Leben mit allen Verhältnissen des Lebens vorzeitig vertraut geworden, ihre Beziehungen zu einander waren andere, als es sonst bei Kindern ihres Alters der Fall zu sein pflegt.

Louis war schon vier oder fünf Jahre bei der Truppe, er hatte seine Eltern niemals gekannt, er wußte nur, daß er in Berlin bei einer Verwandten erzogen war, wenn man ein unterrichtsloses, unbeaufsichtigtes Aufwachen überhaupt noch eine Erziehung nennen kann. Er hatte diese Verwandte immer „Tante“ genannt, sie war den ganzen Tag über in einer Fabrik beschäftigt, hatte niemals Zeit gehabt, sich um den Knaben zu kümmern. Eines Abends war sie nicht nach Hause gekommen und am folgenden Morgen hatten ihm die Nachbarn erzählt, daß seine Tante in der Fabrik verunglückt sei und daß man ihre Leiche bereits nach dem Obduktionshause geschafft habe. Bald darauf war der Direktor Weber in der Wohnung erschienen, hatte mit seinen kalten grauen Augen einen spöttischen Blick auf die erdärmliche Einrichtung des Bodenzimmers geworfen und den Knaben einfach zum Ritzen aufgefodert.

Er war mit dem Direktor gegangen. Wohin hätte er sich auch wenden sollen. Er wußte nur, daß er noch eine Schwester, die vielleicht sieben oder acht Jahre älter war, als er selbst, in Berlin habe. Er kannte deren Wohnung nicht, die Tante hatte stets nur mit Widerstreben von seiner Schwester gesprochen.

Sie waren damals eilig durch die verschiedensten Straßen und Stadttheile gelaufen. Der Direktor hatte mit seiner eisernen Faust die Hand des Knaben umfaßt, bis weilen hatte er ihn gefragt, ob ihm die Gegend, in der sie sich gerade befanden, bekannt sei, der Knabe mußte es verneinen, er hatte nie Gelegenheit gehabt, sich weiter als einige Straßen von der Wohnung seiner Tante zu entfernen.

Schließlich waren sie vor einem entlegenen Gasthaus angelangt. Auf dem Hofe stand der große Wagen, den die Gesellschaft heute noch besaß, auch Mutter Weber

Bei Trepow auf der Obersee und auf dem Kummelsburger See wogten Hunderte auf dem Eise hin und her. So weit man sehen konnte, eine glatte Fläche, auf der viele ihre Eislaufkufe abteten. In Trepow erscholl gegen drei Uhr der Ruf: ein Kind ertrunken; es war zum guten Glück nicht wahr; ein Knabe war am Ufer bis an das Knie eingeknickt. Er wurde gerettet. Schlimmer war es bei der „Neuen Säene“ gegenüber vom „Eierhäuschen“. Ein ziemlich älterer Mann, der wohl bis zu Tabberts Waldschlößchen laufen wollte, brach plötzlich durch — ein einziger herzerregender Hilferuf und Alles war vorbei. Hilfe konnte gar nicht gebracht werden. Die Kummelsburger Seite war gerade vollkommen von Käusern leer, während die Eierhäuschenseite von dem Unglücksorte durch die ort noch offene Spree getrennt war. Nur der Hügel des Berunglückten war sichtbar. Wir auf der Trepower Seite liefen schleunigst zum Eierhäuschen, um ein Boot zu holen, insofern waren wir gezwungen, unverrichteter Dinge abzusiehen. Tief bewegt lief ich mit meinem Genossen zurück. . . . Da ereilte uns wieder ein furchtbarer Hilferuf. Jetzt kam er von drei jungen Leuten, die die unvergeßliche Abfahrt hatten, von Hallschhöhe nach dem Kaninchenwender zu laufen, gerade also jene Stelle berühren mußten, die auf der Spree nie zufriert, was übrigens eine allbekannte Sache ist; der Kaninchenwender und Hallschhöhe liegen gegenüber und hier muß die Spree den Bogen machen, ehe sie in den Kummelsburger See und den Trepower Theil sich ergießt. Von den drei Leuten konnte der eine mittelst einer langen Stange noch glücklich gerettet werden, die zwei anderen veranken, da die Eischollen fortwährend nachgaben und abbröckelten, vor den Augen der Herbeigekommenen. Von Trepower Seite konnte nichts zu ihrer Rettung unternommen werden, es lag kein einziges Boot am Ufer; bei Hallschhöhe aber 7-8 Billen im Eise, die wohl also ihre Röhre losgeben konnten. So waren im Zeitraum von noch nicht 15 Minuten drei Menschenleben dahingerafft inmitten einer stöhnlichen lustigen Menge. Unglücksfälle ohne größeren Belang kamen auf dem Kummelsburger und Tegeler See vor. Ferner wird folgender Unglücksfall gemeldet: Ein entsetzlicher Anblick bot sich Sonntag Nachmittag den Besuchern des Sachmann'schen Restaurants an der Oberspree. Ein jüdischer zwanzigjähriger, elegant gekleideter junger Mann hatte sich, um Schlittschuh zu laufen, als die bereits zum großen Theile zugefrorene Spree bedeckte, als plötzlich die dünne Eiskruste brach und der Schlittschuhläufer unter derselben verschwand. Nach einigen Sekunden tauchte der Verunglückte wieder empor und versuchte sich aus dem Eise heraus zu arbeiten; alle seine Bemühungen bewiesen sich jedoch erfolglos, denn unter der Last seines Körpers brachen beständig neue Eiskruste los, mit denen er immer wieder verschwand. Nach mehreren Minuten ununterbrochenen Kampfes verließen den Unglücklichen die Kräfte und er verschwand vollständig unter der Eiskruste, ehe es noch möglich war, ihm vom Ufer her mit Booten zu Hilfe zu kommen. Eine später vorgenommene Nachsuchung nach der Leiche blieb erfolglos, da der Unterstrom dieselbe wahrscheinlich flussabwärts geführt. Ueber die Person des Ertrunkenen ließ sich Bestimmtes vorläufig nicht feststellen. Aus dem benachbarten Postamt berichtet der „Ans. f. d. G.“: „Am Sonntag ereignete sich ein tief betrübender Unglücksfall. Der Arbeiter Wilsch, welcher bis zum Abend auf dem Feuerwerkslaboratorium beschäftigt gewesen war, begab sich etwa um 6 Uhr vor der Insel über das Eis der Havel ans Land, um in dem Roldes'schen Geschäft in der Neuvorster Straße Einkäufe an Lebensmitteln zu machen. Nachdem er dieselben besorgt hatte, wollte er zu seiner Arbeitsstätte auf demselben Wege wieder zurückkehren. Leider sollte er dieselbe nicht mehr erreichen. Unweit des Grundstückes des Maurermeisters Perzweinski brach das Eis unter seinen Füßen, und er sank in die kalte Fluth. Auf seine Hilferufe eilte vom Lande eine Rutscherfrau herbei und brachte eine Deichselstange zur Stelle, um sie dem Arbeiter zu reichen. Der Unglückliche ergriff die Stange auch und schöpfe bereits Hoffnung auf Rettung, was aus einem freudigen Ausbruch desselben hervorging, dann sanken seine Arme aber plötzlich kraftlos nieder und, offenbar von einem Schlaganfall getroffen, verschwand er vor den Augen der erschrockenen Frau im Wasser. Heute wurde die Leiche des Mannes aufgefunden. Er hinterläßt eine Wittwe nebst zwei unversorgten Kindern. Das Eis an der Unglücksstätte war, wie wir erfahren, deshalb noch nicht sicher, weil es noch am Donnerstag ein mit Holz beladener Kahn durchbrochen hatte. Gestern war der Dampfer des Instituts noch in Dienst. Das Eis soll dort nach der Instruktion von den Arbeitern nicht eher zur Passage benutzt werden, als bis es von der Fahrleitung für haltbar genug befunden, mit Kohlen belegt ist.

Einst und jetzt. Zu den besten Dingen zählt das Lesen alter Bücher. Dieser Tage waffen wir einen Blick in ein französisches Werk, das im Jahre 1848 erschienen ist — in einen Dictionnaire Politique, welchen der ältere Garnier-Pages eingeleitet hat und die Herren Duclerc und Baquerre herausgaben.

sand sich vor, nur der Klowm war ein anderer, der Direktor stieß ihn bald darauf aus der Gesellschaft aus. Seit der Zeit war das Verhältnis zwischen den Ehegatten ein äußerst gespanntes geworden, und der arme Junge hatte die ehelichen Zerwürfnisse häufig mit seinem Körper zu büßen.

Trohdallem fand er Gefallen an seinem haldbrecherischen Handwerk. Er war von der Natur mit einem kräftigen Körper ausgestattet, und die fortwährenden Schwierigen gymnastischen Übungen hatten seine körperlichen Anlagen bedeutend entwickelt.

Das herumziehende, nomadenhafte Leben war auch nicht ohne Einfluß auf seine geistige Entwicklung geblieben. Allerdings war von einem Schulbesuch niemals die Rede gewesen, indessen Lesen und etwas Schreiben hatte er noch in Berlin gelernt, und für die praktische Auffassung der verschiedensten Lebenslagen sorgte das Beispiel der Gesellschaft, in welcher er sich nun schon so lange befand.

Ganz anders verhielt es sich mit dem Mädchen, der kleinen Pauline.

Der Knabe erianerte sich immer noch jenes traurigen Winterabends, als sie mit ihrem schweren Wagen so lange über den festgefrorenen, holprigen Waldweg gefahren waren. Endlich war man abgedogen und hatte noch langer, langer Zeit in einem abgedungen, elenden Dörfchen Rast gemacht. Die Anstrengungen des Tages sollten jedoch noch kein Ende gefunden haben.

Raum hatte man sich nämlich niedergelassen, als der Direktor dem Knaben einen gebieterischen Wink gab, ihm zu folgen.

Sie waren dann beide durch den Inletiefen Schnee bis an das äußerste Ende des Dorfes gegangen und hatten endlich vor einer kleinen, haufälligen Hütte Halt gemacht.

Vorsichtig hatte der Direktor durch die Spalten der Fensterläden gespäht und mit großer Aufmerksamkeit gelauscht. Endlich hatte er befriedigt genickt und vor sich hingemurmelt:

„Es stimmt, heute haben wir den richtigen Moment abgepaßt!“

Er hatte dann laut an die Thür gehocht. Eine Frau, die eine flackernde Dellampe in der Hand hielt, hatte ge-

Das Buch ist umfangreich; die Verfasser seiner vielen einzelnen Artikel waren hervorragende Politiker und Gelehrte der damaligen Periode. Gleich in der Einleitung Garniers finden wir einige köstliche Worte, welche den Charakter von Sentenzen haben. „Die öffentliche Meinung“, schreibt er, „ist nicht die Meinung Aller; sie ist die Meinung derjenigen, welche überhaupt eine Meinung besitzen. Man kann sich aber eine Meinung nur bilden, wenn man den Zusammenhang oder wenigstens einen Theil der Angelegenheiten des Landes begreift. Und es ist alsdann diese Meinung um so mächtiger, je größer die Zahl derjenigen, die sie theilen. Sobald selbst in einem despotischen Staate Alle oder fast Alle über einen bestimmten Punkt der Politik gleicher Ansicht sind, muß auch der absolute Wille sich ihnen unterwerfen. Diese Macht verschafft uns die politische Wissenschaft und Erkenntniß.“ Ein zweiter treffender Ausdruck lautet: „Die Ausübung der politischen Rechte befähigt auch diejenigen, die es noch nicht sind.“ Wir fügen ein drittes Wort hinzu, welches die Rechte der Mehrheiten und Minderheiten gegeneinander abgrenzt. „Niemand“, sagt Garnier-Pages, „hat das Recht, Unrecht zu thun. Die Rechte Aller sind die Summe der Rechte eines Jeden und es darf also die Mehrheit ohne die allerdingendste Nothwendigkeit niemals die Freiheit der Person und der Meinung antastet.“ In Staaten wo die Souveränität des Volkes besteht, — heißt es an einer Stelle — treten die sozialen Reformen in den Vordergrund und werden einzig diese noch die Bürger beschäftigen dürfen. Wir haben jedoch im Sinne, dem Buche hauptsächlich zwei Abschnitte zu entziehen, welche den Unterschied zwischen der Denkweise jener Zeit, da es erschien und unserer heutigen beleuchten. Einst und jetzt! Was damals französische Denker ausgesprochen, ist vielleicht die passendste Gabe gegen den weit über jene Berechtigung hinausgediehenen Kult der Nationalität, gegen den Chauvinismus, welcher sich heute überall zeigt und spreizt. In dem Artikel „Amerika“ wird gesagt, dieser Staat sei zu besseren Aufgaden berufen, als nur slavisch die politischen Formen der alten Welt nachzuahmen und auf den Trümmern der europaischen Vergangenheit einberuhschreiten. Die Natur selber erzeuge dort allmählig ein starkes, gewaltiges Geschlecht. „Nicht eine neue Rasse zwar wird dieses sein, denn die Erde gebietet keine neuen Rassen mehr, aber es wird alle existierende Kräfte vereinigen und alle Intelligenzen in sich fassen. Dort wird einst der Tag kommen, der alle Rassenunterschiede auslöscht, den ungleichen Ursprung verwischt und alle Völker dieses ausgedehnten weßlichen Kontinents zu einer erstauenswürdigten Einheit formt. Einst und jetzt! Was sagt das politische Wörterbuch der Franzosen aus den vierziger Jahren über — Deutschland? Wir lesen: „Auf Saint Helena noch hat Napoleon gesagt, daß die Verschmelzung der deutschen Völkerschaften in einen einzigen nationalen Körper binnen Kurzem sich vollziehen müsse. Das glauben auch wir, hoffen es und wünschen, daß unser eigenes Land dazu sein Möglichstes beitrage.“ In der That, das großartigste Resultat, welches wir von den Ideen erwarten, die gegenwärtig mit neuer Schöpfungskraft die Menschheit beleben und alle moralischen Hadel in Bewegung setzen, welches Resultat wäre es denn anders als die Fusion derjenigen Rassen, die sich nach Herkunft, Sitten und Geist am nächsten stehen? Unser Jahrhundert erstrebt diese außerordentliche Neugestaltung mit allen Kräften.“ Ja, der Gang der Dinge und das Interesse der Befaltung verlangen, daß Frankreich und Deutschland, welche in entlegenen Geschichtsperioden unter denselben Führern und für dieselbe Sache gekämpft haben, eine wahre und heilige Allianz mit einander schließen. Französisches Blut macht das Herz des Franzosen schlagen. Es sind zwei Stämme einer Nation, welche ihre Zelte jenseits und diesseits des Rheines aufgeschlagen hat und die sich eine gegenseitige Unterstützung sichern sollte, um für ihre gemeinsamen politischen Interessen zu kämpfen.“ Mit diesen letzten Worten schließt der französische Autor seine eigenen Betrachtungen über Deutschland, um noch ein längeres Bital aus Borne folgen zu lassen, dem er seinen Beifall zollt. Wir sind in der Regel nicht die Lobredner vergangener Zeit. Wir lieben die Gegenwart, deren Puls wir greifen und wir verschönern sie uns durch untrügliche Hoffnung. Aber es ist gut, ihren Schatten zu achten und sich oft zu fragen, worin eine frühere Generation uns überlegen war.

Dom Stat. Die alten Deutschen tranken „immer noch Eins“ — darin waren sie seit jeder einig, wenn sie zu mehreren zusammen kamen. Sobald aber die alten Deutschen bei solchen Gelegenheiten auch ein Spielchen machen wollten, ward alsbald der Jammer der Herrlichkeit des ehemaligen Deutschlands offenbar. Der „feine“ Mann aus dem Norden wollte 's Bombre, der aus dem Süden natürlich Tarot, der aus dem Westen Whist, der aus dem Osten Preference spielen. Seit 1870 ist auch dies ganz anders geworden im Deutschen Reich. Die jungen Deutschen haben nicht bloß in Maß und Münze sich geeinigt, sie haben auch eine Art von nationalem

öffnet. Sie wäre fast vor Schreck zusammengefunken, als sie den Direktor erblickte.

„Der Mann“, hatte sie aufgeschrieben und war dann in das Zimmer zurückgekehrt.

Ohne eine Miene zu verziehen, war ihr der Direktor gefolgt. Auch Louis hatte sich halb vor Käthe, halb aus Furcht in das Zimmer gegeben.

Die Dellampe erleuchtete ein Bild des tiefsten, menschlichen Glends.

Sinten in der äußersten Ecke lag auf einem zerrissenen, schmutzigen Soubas die abgehärmte, verfallene Gestalt eines Mannes, dessen kurze, pfeifende Athemzüge andeuteten, daß es sich im letzten Stadium der Schwindsucht befand. Er hatte sich bei dem gelenden Auswurf der Frau halb aufgerichtet, indem er seinen Oberkörper auf den erschreckend mageren Arm stützte. Seine großen, geisterhaften Augen waren mit dem Ausdruck einer namenlosen Angst auf die Thür gerichtet, er wiederholte mechanisch die Worte:

„Der Mann, der Mann!“
Aus seinen Augen lösten sich zwei große Thränen los, er machte einen krampfhaften Versuch sich zu erheben, seine Kräfte versagten jedoch, matt fiel er zurück.
„Frau, der Mann nimmi uns unser Kind, rette es,“ röhnte er.

Aus den Winkeln der Stube waren inzwischen mehrere Kinder herbeigekitt, die sich ängstlich an die Kleider ihrer Mutter klammerten. Alle sahen blaß und elend aus, man merkte, daß hier die entsetzlichste, kraffteste Noth herrschen mußte.

„Guten Abend, Meister,“ sagte der Direktor endlich mit starker Stimme und trat vor das Bett des Kranken hin, dem er die Hand bot. Die blutleeren, bleichen Finger des Mannes waren feucht und kalt.

„Sie kommen so früh, lassen Sie mir mein Kind,“ sagte er mit schwacher Stimme.

„Reden Sie kein dummes Zeug, Meister, was kann Ihnen daran liegen, ob Sie das Kind ein paar Tage früher oder später weggeben, ewig können Sie es ja doch nicht behalten. Außerdem habe ich Ihnen ja schon gesagt, daß es die Kleine nicht schlecht, bei mir haben soll, ich will sie halten, wie mein eigenes Kind.“

(Fortsetzung folgt.)

Kartenspiel geschaffen, welches sich von den Unterständen aus
sahell über das ganze Deutsche Reich verbreitet hat. Alle,
oder doch die meisten verstehen, was früher oft frommer
Wunsch, dasselbe Kartenspiel, sie spielen: Slat. Der
Name des Spiels ist ebenso geheimnisvoll, wie die Kraft,
mit welcher es um sich greift. Bis her wenigstens haben sich
die Sprachforscher vergebens abgemüht, eine einleuchtende
Deutung zu finden. Selbst der Ort, wo das Spiel seinen
Ursprung nahm, oder, gar der Erfinder desselben, lassen
sich mit keinerlei Sicherheit nachweisen. Man würde dem
letzteren sonst gewiß ein Denkmal errichten und in den Reihen
der Männer verlesen, welche sich um die Einheit Deutschlands
verdient gemacht haben. Sicher ist nur, daß die engere Hei-
mathe des Slat Thüringen gewesen. Raum minder sicher steht
fest, daß es vom Dorf aus seinen Siegeszug über Deutschland
angetreten. Denn der Bauer spielt die Hauptrolle im Slat, er
bildet den höchsten Trumpf, welcher nicht einmal durch die
Farbe des leibhaftigen Spiels beeinflußt wird. Wenn irgend
wo in der Welt, giebt es in Thüringen einen reichen glücklichen
Bauernstand. Und er ist auch gebildet genug, um ein so
kluges Spiel, wie es der Slat ist, auszuüben. Halle und
Jena, die Unterstände Thüringens, bemächtigten sich der neuen
Errungenschaft. Sie bauten den Slat mit akademischer Schärfe
aus und verliehen ihm die große Mannigfaltigkeit der Spiele,
durch welche er solchen Hauber ausübt auf Jedem, der einmal
in die Geheimnisse dieser Kunst einen Blick geworfen. Auch
die durchsichtigen Ausdrücke, welche die Umgangssprache der
Slatspielenden bilden, stammen von diesen beiden Unterständen.
Der Strom hatte sich damit sein Bett gegraben. Un-
gehemmt floß er nunmehr weiter. Nach Norden und
Süden, nach Osten und Westen schickte er seine
Wogen. Er schwemmte die Grenzspähle hinweg,
mit denen sich damals noch die Duodesstaaten Deutschlands
engberzig von einander abschlossen. Fast zu derselben Zeit,
wo die Deutschen ihr Reich erhielten, erstand ihnen auch ihr
nationales Slatspiel. Schwer ist es und geistig vertieft, wie
jede Schöpfung, welche dem Bestande des Deutschen ihren
Ursprung verdankt. So gehört denn auch eine sehr kostbare
Bauer dazu, bevor man dahin gelangt, in die Geheimnisse des
Slat vollkommen einzudringen. Um von der Mannigfaltigkeit
dieses Spiels ein Bild zu entwerfen, muß man die Statistik
zu Hilfe rufen. Sie hat herausgerechnet, daß sich die Zahl
aller Spiele, welche im Slat überhaupt möglich sind, auf
1 377 345 204 252 320 Fälle beläuft. Weiter giebt sie an, daß
dieselben bisher nicht durchgespielt werden konnten, selbst wenn
seit Beginn unserer Zeitrechnung an einer Million Tischen un-
auswählbar Slatpartien stattgefunden hätten. . . . Ebenso ent-
spricht es so recht der Gepflogenheit des Deutschen, daß er den
Ursprung des Slat, der doch ganz gewiß in seinen innersten
Marken erstand, bei anderen Völkern sucht. Die Anfänge des
Slat will der deutsche Student demnach sowohl im Pentateuch,
als auch im Thukydides, vor Allem jedoch bei Horaz entdeckt
haben. Die Beweise, welche er anführt, sind freilich nur für
den Slatspieler völlig verständlich. Aber einige mögen gleichwohl
hier ihren Platz finden, um den archaischen Eifer unserer ge-
lehrten Jugend darzutun. Wenn danach der Dichter in der
achten Ode des ersten Buches seiner Carmina an einer Stelle
„Quid latet?“ sagt, so kann der moderne Slatspieler nicht
umhin, dies mit „Was liegt?“ zu übersetzen. Horaz stand
jedenfalls brütend vor den beiden Karten, dem sogenannten
„Slat“, welche das Dratel des gesammten Spiels bilden, und
er war unerschöpflich, welche er umschlagen sollte. Endlich er-
mannt er sich und ruft aus: „Quid moror? Alteram? Vobis
das Höger? Immer die Andere!“ . . . Als er gerug hatte,
meldete er dies in der zweiten Ode des ersten Buches mit den
Worten: „Jam satis!“ Und in der dreizehnten Ode des
zweiten Buches ruft er entsetzt aus: „Grande deum! Ein
Prachtgrund!“ . . . „Quid cum Promeis? Wie sieht es mit
Bique?“ fragt er ein ander Mal; und als ihn eines Tages
ein Unstern verfolgte, hört man von ihm das in der zweiten
zwanzigsten Ode des ersten Buches aufbewahrte Klagenwort:
„Nimium propinquat solis — Es ist doch zu arg mit den Solis
des Nachbars.“ Spuren des Slatspiels finden sich, wie man
sieht, schon bei den Vätern des Alterthums. Daß auch dem
alten Testament der Slat nicht unbekannt war, geht aus der
Stelle hervor: „Und Josua sah die Leute im Thole wimmeln.“
Interessant ist es, zu erfahren, daß auch unsere Klassiker Slat
spielten, man denke nur an die Anfangsworte von Schiller's
„Glocke“.

r. Ueber die Verpflichtung zur Anmeldung der Ar-
beiter bei der Unfallversicherung berührt bei den zahlreichen
Betriebsunternehmern große Ungewißheit, und zahllos sind die
Anfragen, die dieserhalb an das hiesige Reichsversicherungs-
amt gerichtet werden. Speziell aus dem Berliner lokalen Ver-
hältnissen hervorgegangen, sind die folgenden beim Reichs-
versicherungsamt eingegangenen Anfragen: Ob diejenigen Arbeiter
zur Unfallversicherung angemeldet werden müssen, welche be-
schäftigt sind 1. bei Gasmotoren zur Bedienung einer Haus-
wasserleitung in kommunalen oder Privatgebäuden; 2. bei
Windmotoren, welche angebracht sind in Privatgärten, um
Wasser in ein höher gelegenes Bassin zu pumpen zur Bespreng-
ung der Pflanzen; 3. bei Luftbelegungsanlagen in städtischen
Schulgäuden. — Auf alle diese Anfragen hat das Reichs-
versicherungsamt verneinend geantwortet und zwar mit der Be-
gründung, daß bei allen diesen Anlagen versicherungspflichtige
Betriebe im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes nicht vor-
handen seien, weil diese Betriebe nicht auf Erwerb gerichtet
sind. Ferner fragte ein hiesiger Brennholz- und Kohlenhändler,
ob die in seinem Gewerbebetriebe mit dem Abfahren des
Holzes beschäftigten Arbeiter, etwa als unter das Transport-
gewerbe fallend, versicherungspflichtig seien; auch diese Anfrage
hat das Reichsversicherungsamt im verneinenden Sinne beant-
wortet, weil in diesem Falle der Fuhrbetrieb als solcher nicht
zum Zwecke des Erwerbes direkt eingerichtet sei. — Es wird
eines gründlichen Studiums der zahlreichen Bescheide des
Reichsversicherungsamtes bedürfen, um die Grundsätze allgemein
festzustellen, nach denen die Versicherungspflicht der einzelnen
Betriebe beurteilt wird. Die allein kompetente Behörde zur
Entscheidung für den Einzelfall ist das Reichsversicherungsamt
und in zweifelhaften Fällen werden die Unternehmer gut thun,
sich durch Anfrage bei dieser Behörde zu vergewissern, da sie
sonst die zwangsweise, nachtheiliger Veranlagung zu gewärtigen
haben.

r. Einen beängstigenden Anblick hatten am Montag
in der Mittagsstunde die Passanten der Schillingsbrücke; zwi-
schen dieser und der Eisenbahnbrücke ist das linke Spreuer-
bis zur Mitte des Flusses mit einer festen Eisschicht bedeckt,
während an dem rechten Ufer sich lose Eisschollen angeammelt
haben, die nur von mächtiger Dide und von den Wellen be-
ständig bewegt sind. In der Gegend der neuen Badeanstalt
sah man plötzlich etwa sechs bis acht Knaben auf diese Schollen
springen und dort allerlei Mollusca treiben; jeden Augenblick
mußte man erwarten, daß die Schollen bersten oder sich in
Bewegung setzen würden, in welchen Fällen ein Unglück un-
vermeidlich gewesen wäre. Beamte der Flusspolizei waren nicht
zur Stelle und so unternahm es denn ein Schugmann, der
den Vorgang von der Schillingsbrücke aus bemerkte, wo sich
eine ebenso erschrockene wie entrüstete Zuschauermenge an-
sammelte, die Jungen wieder ans Land zu holen. — Eltern
und Lehrer sollten aus Nachdrucklichte gegen solche leicht-
sinnige Waghalsigkeiten einschreiten; der Opfer, die unsere Ge-
wässer alljährlich während der Eiszeit fordern, sind ohnehin genug.
g. Ein Todtschlag oder ein ähnliches Verbrechen
liegt anscheinend folgendem Vorgang zu Grunde: Die in der
Faldstr. 10 wohnenden Arbeiter Heugas'schen Eheleute
haben einen erwachsenen Sohn, welcher in Lyden bei dem
Tischlermeister J. Böttcher in der Lehre sich befand. Am An-
fange der vorigen Woche erhielten nun die Heugas'schen Ehe-

leute von dem Tischlermeister zu ihrem nicht geringen Er-
staunen eine Depesche, welche sie sofort nach Lyden berief.
Dort angekommen, wurde ihnen nun die schmerzliche Eröff-
nung gemacht, daß man ihren Sohn am Tage vorher im See
als Leiche gefunden habe. Die von den Gerichtsärzten vorge-
kommene Leichenschau hat ergeben, daß der Körper des jungen
Mannes über und über mit Verletzungen bedeckt war, darunter
einige recht erhebliche. Es liegt somit die Annahme vor, daß
der junge Mann erst so übel zugerichtet und sodann in das
Wasser geworfen worden ist. Die von der Behörde eingeleitete
Untersuchung in dieser Sache hat bis jetzt nur ergeben, daß
der Verstorbene am Neujahrstage mit mehreren seiner Be-
kannnten in einer Privatwohnung zusammen gewesen ist und
sich sodann auf den Heimweg begeben hat, da ihm der Meister
nur bis 10 Uhr Abends einen Urlaub gegeben; von da ab
war der junge Mann verschwunden und wurde erst am Mon-
tag als Leiche wieder aufgefunden. Der junge Mann, welcher
im 19. Lebensjahre steht, befand sich im dritten Jahre in der
Lehre, war ein braver, fleißiger Mensch und die Hoffnung
seiner tiefgebeugten Eltern auf eine Unterstützung im Alter.
Die armen Leute verdienen das weisse Ritzgefäß, da sich
ihre Lebenslage jetzt noch verschlechtert hat.

Polizei-Bericht. Am 11. d. Mts., Nachmittags, fiel der
Paternen-Anzähler Bauh auf dem Pariserplatz beim Bugen
einer Laterne von der Leiter und erlitt dabei eine Gehirner-
schütterung, so daß er mittelst Droschke nach der Charitee
gebracht werden mußte. — Am demselben Tage Abends
machte ein seit längerer Zeit an Schwermuth leidender Herr
in seiner Wohnung in der Stralauerstraße seinem Leben durch
einen Revolverschuß in den Kopf ein Ende. — Um dieselbe
Zeit fürzte ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Mann,
während der Fahrt auf einem Omnibus, an der Ecke der
Rosenhaler- und Weinmeisterstraße von demselben auf das
Straßenpflaster herab, so daß er, am Kopf und ansehnend
auch innerlich schwer verletzt, besinnungslos liegen blieb und
mittelst Droschke nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht
werden mußte. — Im Laufe des gestrigen Tages fanden auf
mehreren Stellen der Stadt kleinere Feuer statt, welche einen
erheblichen Schaden nicht anrichteten und von der Feuerwehr
sehr bald gelöscht wurden.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Zum „Korbmacherehend“.
Greif nur hinein in's volle — —
Arbeiterleben,
Und wo Du's packst, da ist es — —
clend.

Aus Hamburg wird geschrieben: Wer heute mit offenen
Augen und offenen Ohren der „herrlichen“ freien Konkurrenz,
dem Krieg Aller gegen Alle, der sich mit Riesenschritten immer
vermehrden Herrschaft des Kapitals gegenüberstellt, für den ist
obige Ueberschrift nicht ausfallend. Er weiß, daß heute unter
diesen „hochgepriesenen“ wirtschaftlichen Verhältnissen dem
Arbeiter, mag er Korbmacher, Schuhmacher, Maschinenbauer u.
se. mit sehr, sehr wenigen Ausnahmen, als Lohn für sein an-
gestrengtes Wüten und Schaffen nichts als Noth und Elend
in Aussicht steht. Für die „große Masse“ aber, die heute noch
der großen brennenden Frage, der sozialen Frage, fast gegen-
über steht, oder glaubt, der Reichthümer schafft das Elend schon
ganz gemächlich mit seiner Sozialreform aus Deutschland hin-
aus, oder gar auf dem nationalliberalen Standpunkt steht, daß
wir in der herrlichsten der Welten leben, für diese ist eine Be-
leuchtung des Arbeiterlebens immer und zu jeder Zeit am
Platze. — Die Korbmacherei ist ein Geschäft, das seinen Mann
so gut oder so schlecht ernährt hat wie jedes andere. Seit
dreißig, vierzig Jahren lebte bei den Korbmachern immer der
mehr oder minder tröstliche Gedanke: bei uns können keine
Maschinen in der Werkstatt verdrängt werden, deshalb haben
wir die besten Aussichten. Leider haben sich diese nicht be-
währt. Zwar sind bis jetzt noch keine Maschinen erfunden,
die irgend einen nennenswerthen Eindruck auf die Korb-
schere ausgeübt haben, aber trotzdem ist diese soweit herunter,
daß von dem goldenen Boden des Handwerks auch nicht die
leiseste Spur zu finden ist. Und wer hat denn diesem Hand-
werk zunächst den goldenen Boden entzogen? Nun, natürlich
war es auch hier das Großkapital, aber dessen Helfershelfer
war die Buchbinderei. Da wir es hier nur mit einer
Branche der Korbmacherei (Flaschenbeschichtung) zu thun haben,
so würde es zu weit führen, auf das ganze Geschäft nach dieser
Seite hin einzugehen, und bringen wir deshalb auf
das letztere bezüglich nur folgende kurze Notizen.

Die Statistik von einundfünfzig preussischen Gefangenen-
Anstalten zeigt folgende Zahlen: Beim Zigarettenmachen waren
2000 Gefangene beschäftigt, bei der Schuhmacherei 1588, bei
der Tischlerei 1204, bei der Buchbinderei 1098, bei der Bürsten-
fabrikation 750, bei der Korbmacherei 744, bei der Schneiderei
521 u. Was diese 744 Gefangenen nun bedeuten, wird klar,
wenn man bedenkt, daß an und für sich Körbe resp. Korbwaren
nicht in der Masse gebraucht werden, wie Schuhe und Stiefel,
Röcke und Hosen u. Wenn man nun bedenkt, daß außer
obigen 51 Anstalten in Preußen noch sicher ebenso viel sind
und daß in den Anstalten der kleineren Staaten die Korb-
macherei immer zu den „bevorzugten“ Geschäften gehört (in
Recht, Großherzogthum Oldenburg, waren z. B. 1883
35 Tischler, 19 Korbmacher, 16 Weber, 14 Schuster, 8 Schnei-
der u.), so muß man unbedingt zu dem Schluß kommen, daß,
wenn die Sache so fortgeht, die 1500—2000 Korbmacher in den
deutschen Gefängnissen das Geschäft mit seinen freien Ar-
beitern in Deutschland vollständig aufreiben. Allem diesen
gegenüber behauptete kürzlich ein Bürstenmacher, mit dem
Schreiber dieses sehr eingehend über dieses Thema
sprach: „Mit der Bürstenmacherei ist es in dieser
Verlehung noch viel schlimmer,“ und diese räumt
noch gern der Buchbinderei den „Vorrang“ ein.
Wie es nun angeht die schrecklichen Thatsachen noch möglich
ist, daß im Reichstage vom Ministerialrat die Behauptung aufge-
stellt werden kann: der Procentsatz der Gesamtsumme sämt-
licher Gefängnisarbeit gegenüber der freien Arbeit sei ein so
verschwindend kleiner, daß er durchaus nicht in's Gewicht falle,
mit jedem denkenden Menschen als ein unlösbares Räthsel
erscheinen. — Mit diesem „niedrigen Procentsatz“ wurde denn
auch die Interpellation, betreffs Gefängnisarbeit, richtig zu
Grabe getragen.

Jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Thema, das uns
die Feder in die Hand gedrückt hat. — Die Beschäftigung von
Flaschen (Demijohns) ist seit einer langen Reihe von Jahren
Spezialität der Hamburger Korbmacherei. Wenn erstere auch
nicht gerade das Wort „blühende“ Industrie zu jeder Zeit
rechtferdigte, so konnte ein Arbeiter dieser Branche sich doch so
gut oder schlecht nähren, wie die aller anderen Geschäfts-
branchen. Da der Export dieser Flaschen in den letzten 20 bis
30 Jahren ganz bedeutend in die Höhe gegangen ist, so ist es
begreiflich, daß sich das Großkapital auch auf diesen Artikel
geworfen hat. Einestheils wollten sich nun seiner Zeit die Korbma-
cher diese Branche nicht vom Großkapital, hier vertreten
durch einige Fabrikanten, aus den Händen reiß lassen, und
einige swang von ihnen gründeten deshalb eine Genossenschaft
zur Beschäftigung und zum Verkauf der Flaschen. Dies war der
einzig richtige Weg, diese Branche unter den damaligen Um-
ständen (Ausgang der fünfziger Jahre) dem Handwerk, als
solches, zu erhalten. Wenn irgend eine Schulz-Dehlig'sche
Genossenschaft, denn solche war sie, eine gesunde Basis hatte,
dann hätte diese sie. Aber trotzdem die Mitglieder nach jeder
Seite hin Fachmänner im vollsten Sinne des Wortes waren,
wurden sie als Genossenschaftler von dem nimmermatten Groß-
kapital an die Wand gedrückt, nachdem sie 25 Jahre, in den
letzten Jahren mit Aufbietung aller ihrer Kräfte, dem Be-

herrscher dieses Jahrhunderts Widerstand geleistet hatten. Dies
war es wiederum die Buchbinderei, die dem Großkapital
direkte Hilfe leistete. In der Mitte der 70er Jahre waren hier
ungefähr 40 Gefangene mit der Flaschenbeschichtung beschäftigt,
und da diesen nur ca. 150 freie Arbeiter hier am Plage gegen-
über standen, so war es unausweichlich, daß der Arbeitslohn der
„freien“ sinken mußte. In Folge dieser Konkurrenz wandten sich
die hiesigen Korbmacher mit dem dringenden Gesuche an den
hohen Senat, die Gefängnisarbeit in dieser Branche, wenn nicht
ganz aufzuheben, dieselbe doch jedenfalls nicht noch weiter aus-
zudehnen.

Eine Kommission der Korbmacher zur Vertretung dieser
Gesuche wurde einmal vom Polizeiberrn und einmal vom jetzt
verstorbenen Herrn Senator Crops zur mündlichen Besprechung
geladen. Die Kommission bestand aus Meistern und Gesellen,
und da ich zu derselben gehörte, so halte ich mich doppelt ver-
pflichtet, diese Heilen zu schreiben. Beide Senatoren gaben
zu, daß die Zahl der Gefangenen gegenüber den freien Demijohn-
arbeitern eine sehr hohe sei, aber zu ändern sei augen-
blicklich an der Sache nichts. Von dem Herrn Senator Crops,
der sich sehr eingehend mit der Sache beschäftigte, wollte die
Kommission die bestimmte Zusicherung haben, daß mindestens
nicht noch mehr Gefangene zum Beschlechten herangezogen werden
sollten. Aber eine solche bekam sie nicht. Herr Crops äußerte
sich ungefähr folgendermaßen: „Da ich vollständig einsehe,
daß Sie mit Ihrem Gesuche im Rechte sind, so will ich Ihnen,
für meine Person natürlich, gern versprechen, dafür einzutreten,
daß die Zahl der Gefangenen dieser Branche nicht wesentlich
vermehr wird. Da ich aber wohl weiß, wie die übrigen
Herren, die bei dieser Sache die entscheidende Stimme haben,
denken, so kann ich Ihnen weiter keine Zusage machen.“

Jeht Jahre sind seitdem verfloßen, und wie sieht es jetzt
aus? Auf Steinwärder und in Hamburg arbeiten durch schnit-
lich 120—140 Demijohn-Arbeiter; nimmt man Altona, Otten-
sen und Geesthacht noch dazu, so wird sich die Durchschnitts-
zahl wohl auf 230—250 belaufen. Dieser Zahl freier Arbeiter
steht der Hamburger Staat mit seinen — sage und schreibe —
ca. 150 Gefangenen gegenüber. Daß dieses Zahlenverhältnis
unbedingt zum vollständigen Ruin der betreffenden freien Ar-
beiter, als solche, führen muß, unterliegt keinem Zweifel. Jeder
Staat, jede Gemeinde sucht seine Industrie, besonders die
spezielle, zu kräftigen, zu heben, selbst oft mit bedeutenden
Mitteln. Gerade die Korbmacherei, trotzdem für den Arbeiter
der Verdienst nach seiner Seite hin das Prädikat „glänzend“
rechtferdig, wird von den Regierungen und Gemeinden sehr in
Schutz genommen. In Schlesien, Sachsen, Bayern, in der
ganzen Rheingegend werden Korbflechtenschulen von Staats-
wegen errichtet. Der Hamburger Staat macht es umgekehrt.
Die von hier exportierten beschichteten Flaschen werden sicher
die Zahl von 2 Millionen erreichen. Die Beschäftigung ist, aus
den verschiedensten Gründen, eine Spezialität der Hamburger
Korbmacher. Statt diese Spezialität nun zu heben, folgt die
Göttin „Hammonia“ nach dieser Seite ihrem sicher nicht allzu-
liebendwürdigen Großpapa „Kronos“ und verschlingt ihre
eigenen Kinder.

Wenn der Hamburger Staat nun berechnet, welchen Vor-
theil er durch Flaschenbeschichtung im Gefängnis hat, so giebt
er seinen Verlust auf der anderen Seite gar nicht in Betracht.
Der offizielle Tagelohn ist hier M. 2.50. Es unterliegt keinem
Zweifel, daß, wenn die „Zuschüttler Flechterei“ nicht da
wäre, die Demijohnarbeiter, diese „M. 2.50“ wohl größtentheils
überschreiten würden. Heute haben sie, trotz dem „ge-
priesenen“ Stücklohn, als wöchentlichen Verdienst sicher nicht
mehr wie M. 10—12, und da die direkten Steuern hier erst
bei einem Einkommen von M. 600 anfangen, so können sich
die Hamburger Statistiker leicht berechnen, wie groß der
Schaden ist, der der Staatskasse aus dieser Konkurrenz erwächst,
den die ca. 200 Korbmacher derselben verursachen, denn höchst
wahrscheinlich zahlen davon Wenige oder Keine Steuern. Nun
kommt noch hinzu, daß bei einem solchen „Hungerlohn“ von
Schulgeld, Geld für Arzt und Apotheker u. u. doch wohl nur
in den allerersten Fällen die Rede sein kann. Siehe auch
wieder der Staat ausbleiben. Fiehet mir außer diesem Schaden
des Staates die Noth und das Elend, in die diese Arbeiter
durch die Buchbinderei gerathen sind, in Betracht, so glaube
ich, hat jeder Staatsbürger nicht nur das Recht, sondern die
Pflicht, die Demijohnarbeiter in ihrem Ruf: „Fort mit dieser
Buchbinderei!“ nach Kräften zu unterstützen.

Zur Innungsfrage. Welche Zustände wir in Deutsch-
land wieder erblickten, wenn dem Verlangen der Künstler in
allen Punkten Rechnung getragen würde, das ersehen wir im
Lande der schwarz-gelben Grenzspähle, in Oesterreich. Der
Veser urtheile: In dem „Nähr. Gewerbebl.“ ist folgende
Frage gestellt und gleichmäßig beantwortet: „Sind die Schlosser
zur Anfertigung bzw. Reparatur von Dachrinnen berechtigt?
— Die Grenze zwischen den Gewerbebefugnissen des Schlossers
und Spenglers ist folgende: Der Spengler ist ausschließlich
berechtigt, alle Arbeiten aus Blei, Zink- und Messingblech zu
verfertigen. Was die Verarbeitung von Schwarzblech anbe-
langt, so ist er befugt, alle Arten von Röhrengeschichten herzu-
stellen und Dachbedeckungen vorzunehmen und die hiermit ver-
bundenen weiteren Arbeiten zu besorgen, wozu die Anfertigung
von Dachfenstern, Dachrinnen u. gehört. Dem Schlosser
gegen stehen zu alle jene Arbeiten aus Schwarzblech, welche sich
schon durch das Feilen und Poliren der Gegenstände für sein
Gewerbe kennzeichnen; hierher gehören die Defen, Sparherde,
Bratöfen u. Mit Rücksicht auf das Gesagte erscheint daher
der Schlosser zur Anfertigung von Dachrinnen nicht
berechtigt. Dagegen darf aber nicht übersehen werden, daß
die strenge Anwendung dieses Grundgesetzes wohl nur in
Städten und größeren Orten Bethätigung finden kann, wo
beide Gewerbe neben einander vertreten sind. Anders gestaltet
sich die Sache in den kleineren Orten des Landes, wo nur
das eine oder das andere der genannten Gewerbe in dem be-
treffenden Orte oder in dessen Nähe besteht und daher diesem
die Arbeiten des anderen Gewerbes zufallen, wo sonst die
Arbeit nur mit großen Schwierigkeiten auszuführen und mit
namhaften Mehrkosten verbunden wäre. In solchen Fällen,
oder wo es sich um dringende und nicht aufschubbare Arbeiten
oder Reparaturen handelt, kann daher der Schlosser in Betreff
der Gewerbebeschreibung nicht nach einem allgemeinen Prin-
zip, sondern unter Berücksichtigung der speziellen lokalen Ver-
hältnisse angelegt werden. (Gutachten der Linzer Handels-
und Gewerbeämter.)“ Danach darf ein Schlosser zwar eine
Ofenische aus Schwarzblech anfertigen, aber er darf den
Rand derselben bei Leibe nicht mit Messing überziehen. Was
wird's unseren deutschen Künstlern? Vielleicht wandern die
Heißsporne darunter nach dem „Idealstaat“ aus. Unser Segen
begleite sie.

Die Kondukteure und Geizer der Manhattan-Gold-
bahn in New-York agitiren wegen Verkürzung der Arbeits-
stunden, worauf die Gesellschaft den Verlehr auf der 2. und
3. Avenue einstellte, da sie einen allgemeinen Streik befürchtete.
Der Staatskommissar erklärte jedoch der Kompagnie, daß sie
gesetzlich kein Recht habe, den Verlehr einzustellen, worauf der-
selbe wieder aufgenommen wurde. Man hofft einen Vergleich
zu Stande zu bringen.

Die Baumwollspinnereibesitzer in Oldham ersuchen
die Arbeiter, in eine nochmalige Lohnherabsetzung von 5 Pro-
zent zu willigen, da die Baumwollindustrie noch immer nicht
die lang erwartete Besserung zeige. Vor einem viertel Jahre
haben sich die Arbeiter dort schon nach einem dreimonatlichen
Rastensstreik eine ähnliche Lohnreduktion gefallen lassen. Die
Antwort der Arbeiter steht noch aus.

Der große Streik der Bergleute zu Pittsburg und
Umgegend hat nach dreimonatlicher Dauer sein Ende erreicht.
5000 Arbeiter nahmen vorige Woche die Arbeit wieder auf.
Es bleibt bei den früheren Verhältnissen.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 10.

Mittwoch, den 13. Januar 1886.

III. Jahrg.

Politische Uebersicht.

Die Eröffnung des preussischen Landtages wird Donnerstag 12^{1/2} Uhr im Reichssaal, wie verheißt wird, durch den König selbst erfolgen. Die Präsidentschaft wird im Abgeordnetenhaus nächsten Sonnabend vorgenommen werden. Die Wahl v. Köllers zum ersten Präsidenten wird als zweifellos angesehen. Derselbe wird aller Wahrscheinlichkeit nach durch Akklamation vor sich gehen, da von keiner Seite ein Widerstand zu erwarten ist.

Ausweisungen Deutscher aus Rußland stehen, nach einer dem „Diemil Boznanski“ aus Suwalki zugegangenen Nachricht, in großem Umfange bevor. Ein noch geheim gehaltenes kaiserliches Ulaß, welcher nach dem 13. Januar russischen Stills publiziert werden dürfte, soll die Bestimmung enthalten, daß alle preussischen Unterthanen, die bis 1. Januar 1886 nicht russische Unterthanen geworden sind, ausgewiesen werden sollen. Den Gutbesitzern werden 8 Monate, den Fabrikbesitzern 6 Monate, den Fabrikarbeitern 6 bis 8 Wochen, den Landarbeitern 6 Wochen, den Handwerker 1 Woche Frist zur Regelung ihrer Vermögensverhältnisse gewährt werden.

Ueber das Schicksal des von der Ausweisung betroffenen siebenjährigen Waisenkinds theilt Herrer Kwasnikow aus Kempen Weiteres mit. Danach ist das Mädchen von einem Polyzidner, trotzdem es unter einem Pseudonym verheiratet war und scheinlich seine Stiefmutter um Schutz anrief, fortgeführt worden. Man übergab es einem von der Polizei angenommenen Manne, der mit ihm im Omnibus nach der Bahnstation zu fahren und das Kind nach Polen zu bringen beauftragt war. Die Großmutter und Stiefmutter des Kindes ließen hinter dem Omnibus her. Als der Transporteur mit dem Kinde die Grenze bestiegen hatte und das Mädchen zur Abfahrt nach der Grenze gegeben war, sprang die Stiefmutter ins Roupee und fuhr mit. Welche Szenen sich an der Grenze beim Abschiede abgespielt haben mögen, kann man sich leicht denken. In welcher Weise die Ausweisung des Kindes veranlaßt worden ist, erzählt die „Germania“ von dem genannten Herrer. Danach hatte die Großmutter des Kindes beim Magistrat zu Kempen den Antrag gestellt, das Waisenkinds sich anzunehmen, weil die Stiefmutter, die von der Hand in den Mund lebte, schließlich in einen Dienst getreten war und keine Mittel hatte, um das Kind zu ernähren. Der Magistrat wies dieses Gesuch ab, da die Gemeinde nicht verpflichtet sei, die Waise eines fremden Unterthanen zu unterhalten, und veranlaßte die Ausweisung des Kindes. Da sich das unglückliche Weib erst ein, was sie gethan hatte. Sie wandte sich nunmehr an den Landrath des Kreises um Fortnahme des Ausweisungsbefehls mit der Erklärung, sie wolle selber aus ihrem geringen Verdienste das Kind ernähren und sich nach Kräften bemühen, der Stadt nicht zur Last zu fallen. Vergebens, der Landrath ertheilte eine abschlägliche Antwort.

Laut dem „Bosener „Oredownit““ treffen die Behörden auch Maßregeln, damit die Ausgewiesenen nicht wieder zurückkehren. Zu diesem Zwecke werden Personalbeschreibungen der Betroffenen angefertigt, damit sie beim eventuellen Ueberschreiten der Grenze leichter wiedererkannt und dann zurückgewiesen werden können.

Frankreich.

Der Handelsminister Lockroy erklärte Vertretern des Gemeinderathes gegenüber, er bereite einen Gesetzentwurf, betreffend die Ausstellung im Jahre 1889, vor und werde denselben demnächst vorlegen. — Das offiziöse Organ „Le Telegraphe“ veröffentlicht einen heftigen Drohartikel gegen den Prinzen Bonaparte und erklärt die Schuld der Republik bald für erschöpft.

Der neue Kriegsminister, General Boulanger, verspricht umfangreiche Aenderungen am Militärapparat vornehmen zu wollen. Der neue Marineminister, Kontradmiral Aube, hat sich in einer jeden erlöschenden Zeitschrift dahin erklärt, daß das Schlachtkraft ein überwundener Standpunkt sei. Er hält das Todesdrohwort für unendlich wichtiger, da dieses sicher die gefährlichste Waffe der Marine sei. Die Seevertheidigung müsse durch Flottillen von Torpedo- und Kanonenbooten von höchster Fahrgeschwindigkeit geschehen.

Dänemark.

In der ersten Sitzung des Folkething nach den Ferien theilte Präsident Berg mit, daß der Abg. Raon um einen dreimonatlichen Urlaub nachgesucht habe, um die ihm wegen eines politischen Verlaufs zuerkannte Strafe verbüßen zu können; gegen seine verfassungswidrige Verhaftung während der Reichstagsession habe er Protest erhoben. Von dem Anwalt des Abg. Raon war ferner dem Präsidenten mitgetheilt worden, daß er wegen dieser ungesetzlichen Verhaftung den betreffenden Staatsanwalt und den Hofsadvokat vor das Höchstgericht zur Verantwortung zitiert habe. — Dann beschloß sich das Thing mit der Vorlage, betreffend einen Kredit zur Fertigstellung öffentlicher Arbeiten, um der großen Arbeitslosigkeit zu steuern. Das Folkething lehnte die Regierungsvorlage ab, nahm aber einen Antrag des Abg. Nyholm an, nach welchem den Kommunen, welche bereit seien, für solche Arbeiten resp. Unterhaltungen Gelder zu machen, ein bestimmter Zuschuß pro Kopf der Bevölkerung bewilligt werden soll. Das Landthing nahm die Regierungsvorlage an. — Die Verurtheilungen wegen Majestäts-, Minister-, Beamten- u. Verleumdungen wehren sich mit jedem Tage. In Aarhus wurde der Redakteur und Folkethingabgeordnete Biggo Björnbal wegen Verleumdung des Konzeilspräsidenten Estrup zu drei Monaten Gefängnis und der verantwortliche Redakteur der „Aarhus Amtstid.“ wegen Verleumdung des Affektors Ipsen — Mitglied des Estrup'schen Wanderversichts — zu 400 Kronen Strafe verurtheilt. — Das Höchstgericht bestätigte am 11. d. M. das Urtheil, durch welches der Präsident des Folkething, Berg, zu einer sechsmonatlichen Gefängnisstrafe verurtheilt worden war, weil er im Juli 1884 bei Gelegenheit einer politischen Versammlung in Høstebro sich an der gewaltsamen Entfernung des Polizeimeisters von der Rednertribüne betheiligt hatte.

Großbritannien.

Der „Times“ ist aus China von einem Marineoffizier eine Klage zugegangen, die das Cityblatt für so wichtig hält, daß sie ihr eine Veilartikel widmete. Der Vaterlandsvertheidiger zur See beklagt sich nämlich über die Behandlung der britischen Kriegsflotten in China. Er selbst und mit ihm die „Times“ erblickt in dieser Thatsache eine große Gefahr für die Wehrfähigkeit der englischen Flotte, nicht nur weil sie Mißmuth unter der englischen Besatzung erzeugen, sondern weil die chinesischen Seeleute im Kriege keineswegs zuverlässig sein könnten.

Der Abg. John Morley, welcher dem linken Flügel der liberalen Partei angehört, rath entschieden zur Gewährung

eines irischen Sonderparlamentes. Morley will die Bestimmung eines irischen Sonderparlamentes nicht nur aus Rücksicht auf die Wünsche der Irländer, sondern mehr noch im Interesse Englands und der Sicherheit seiner parlamentarischen Einrichtungen. Er geht so weit, die Irländer überhaupt aus dem englischen Parlament hinauszuschaffen, nicht deshalb, wie das von anderer Seite vorgebracht ist, weil sie durch obstruktive Ausnutzung der Geschäftsordnung die Verhandlungen des Hauses stets und ständig verschleppen haben und auch fernerhin verschleppen können, sondern weil sie in allen ihren Abstimmungen sich nicht durch die Interessen des Reichs, sondern durch irische Sonderinteressen leiten lassen würden.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung vom 12. Januar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Boetticher, von Burckard, von Puttkammer, Lucius und Rommelfaren.

Das Haus tritt sofort in die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung des Zuckers, ein. (Erhöhung der Rübenzuckersteuer von 160 M. auf 170 M. für das Betriebsjahr 1. August 1886 bis 31. Juli 1887, vom 1. August 1887 ab auf 1,80 M. pro 100 Kilogramm, während die Steuervergütung für exportirten Rohzucker vom 1. August 1886 bis zum 30. September 1887, wie bisher, 18 M., vom 1. Oktober 1887 ab auf 1,80 M., für Kandis und Zucker in Broden bis 31. Oktober 1887 22,20 M., vom 1. November 1887 ab 22,40 M., für allen übrigen harten und weichen Zucker in verschiedenen Formen von mindestens 98 pCt. Polarisation für dieselben Termine 20,80 M. respektive 21 M. betragen soll.)

Abg. Witte (dtschr.): Daß die Diskussion ohne ein einleitendes Wort vom Regierungstisch eröffnet wird, befreundet mich und setzt mich in Erstaunen, da doch die Vorlage selbst in den Kreisen, die bisher allen schwerwiegenden Irrthümern der Regierung in der Regelung der Zuckerfrage zugehört, oder doch jederzeit lebhaft und dauernd unterstützt haben, einstimmigen Widerspruch begegnet ist. Das Organ des Vereins zur Vertretung der deutschen Rüben-Industriellen giebt sein Gesammturtheil dahin ab, daß wohl selten auf steuerpolitischem Gebiet ein gleich mangelhaftes Gesetz entworfen wurde. Da wäre es doch wohl Aufgabe der Regierung, die Einwände gegen das Gesetz und seine Begründung durch bessere Gründe ziffermäßig zu entkräften.

Die Enquete hat auf Grund, nach ihrer Meinung, sorgfältiger Erhebung und Umfrage den Satz von 10^{1/2} Zentner Rüben für 1 Zentner Rohzucker angenommen. Ich hatte von vornherein wenig Vertrauen zu ihr, ihren Arbeiten und Resultaten, und der Verlauf dieser und mancher früheren Enquete in Deutschland hat für einen solchen Mangel an Vertrauen schwerwiegendes Material geliefert. Ihre Inanspruchnahme war eine eigentümliche: von 56 vernommenen Sachverständigen waren 28 Melassezuckerer, die natürlich ein überwiegendes Interesse an der Beibehaltung der Rübensteuer hatten; gleichwohl haben sich 13 Sachverständige rückhaltlos für die Fabriksteuer ausgesprochen, und wie würde sich das Resultat einer Umfrage heute gestalten? Gewiß ganz anders.

Die Vorlage berechnet bei 90 Millionen Doppelpentner Rüben eine Nettoeinnahme von 55,6 Mill. Mark. Die Erhöhung der Rübensteuer um 10 Pf. in diesem Jahr kann nur 9 Millionen betragen. Woher kommt gegenüber allen bisherigen Erfahrungen dieses Resultat? Es wäre nur in dem einen undenklichen Fall denkbar, wenn die Kunst, der Einkuß und die Macht der Reichsregierung, die ich ja bis ins Unbegrenzte hochschätzen will, es dahin brächte, eine ganz besondere Steuerüber zu erfinden, welche unter allen Umständen so viel Zucker giebt, daß 10^{1/2} Zentner nothwendig sind, um 1 Zentner Zucker zu gewinnen. Den Strontianzucker hat die Reichsregierung mit außerordentlicher Rücksicht behandelt, und sie sagt in der Begründung der Vorlage, die Sache sei überhaupt ganz und gar nicht von Einfluß und die Angaben der Fachpresse von 2-300 000 Doppelpentner jährlich sei unbegründet. Es wird aber thatsächlich dieses Quantum in 6 Zuckerraffinerien hergestellt und die Regierung könnte sich doch ebenso gut wie jeder Privatmann über diese Thatsache informieren, die zur Herabsetzung der Zuckerpreise sehr wesentlich beigetragen hat: der Strontianzucker hat bei an sich billigen Preisen gar keine Steuer gezahlt und ist mit der vollen Exportbonifikation von 18 M. für 100 Kilo an den auswärtigen Markt gekommen. Die Regierung bittet ihren Satz von 10^{1/2} Zentner Rüben auf den zehnjährigen Durchschnitt des Rübenverbrauchs, ein trüges Verfahren, das zu Trugschlüssen führt. Gerade in den letzten zehn Jahren haben die gewaltigsten Umwälzungen in Bezug auf die Technik und die Kultur der Rüben selbst stattgefunden; in erster Beziehung seien nur die neuen Methoden der Melassezuckerung erwähnt. Das Tableau des Rübenverbrauchs in den letzten 10 Jahren seit 1885 weist auf: 11,64 — 11,27 — 10,82 — 10,86 — 11,74 — 11,37 — 10,46 — 10,51 bis 9,49 — 9,26 und im laufenden Jahr kaum 9 Zentner. Der fortschreitende Minderverbrauch von Rüben tritt daraus klar hervor, der zehnjährige Durchschnitt kann also nur zu unrichtigen Resultaten führen. Will man eine Reform auf dem Grunde der Materialsteuer, so rechne man wenigstens mit den thatsächlichen Verhältnissen, wie sie sind und voraussichtlich bleiben werden, und lege nicht eine Fiktion zu Grunde, die in wenigen Jahren genau dieselben Resultate herbeiführen muß, unter deren Wucht Reichs- und Zuckerindustrie gleichmäßig leiden.

Bei der Materialsteuer ist eine gerechte Vertheilung der Steuer nicht zu erreichen. Das beste an der Enquete ist die unwiderlegliche Darstellung des württembergischen Kommissars über die Nothwendigkeit der Fabriksteuer. Darüber freue ich mich besonders, der ich seit langen Jahren — theoretisch, wie mir Herr Minister Lucius vorgeworfen hat — für diese Art der Besteuerung eingetreten bin. Denn er, der Präfizier, hat keine Ursache, auf die von ihm in Bezug auf die Reform der Zuckersteuer erreichten Resultate stolz zu sein; und wenn die großen Präfizier dem kleinen Theoretiker seiner Zeit gefolgt wäre, so würde ein gut Theil von dem, was sich zum Schaden der Reichs- und der Industrie inzwischen vollzogen hat, nicht eingetreten sein. Mit der Materialsteuer ist und wird das Prämienystem stets verbunden sein, dessen nicht die Steuer so erhöht und die Bonifikation so erniedrigt würde, daß dabei die Industrie nicht bestehen kann. Es ist — und zwar in erster Linie von Herrn Minister Lucius — auf die Thatsache verwiesen, daß Frankreich von der Fabrik- zur Materialsteuer geschritten sei. In Frankreich ist die Agitation zu Gunsten dieser Aenderung ausgegangen von den Industriellen,

die ihre Interessen durch die in Deutschland gezahlten Prämien bedroht sahen. Durch unsere Fehler ist Frankreich von der richtigen Fabriksteuer abgekommen, die wir — die Herren mögen sich hüten, soviel sie wollen — in einer absehbaren Reihe von Jahren haben müssen und haben werden. Was die Schädigung der Landwirtschaft durch das jetzige Gesetz betrifft, so haben sich die Landwirthe, die in diesem Hause sitzen, genugsam davon überzeugen können. Auf sie sind die Verluste der Fabriken in Folge der niedrigen Zuckerpreise in erster Linie abgewälzt worden. Man hat so niedrige Preise für die Rüben gezahlt, daß vielfach die Ueberzeugung entstanden ist, daß unter solchen Umständen der Rübenbau nicht mehr rentire. Eine Erhöhung der Rübensteuer verwerfe ich, weil sie den Konsum des Zuckers verringern wird, den ich nicht für einen Luxusartikel ansehe und weil sie die mit dieser Steuer verbundenen Ungerechtigkeiten immer weiter vergrößert. Einen sofortigen Uebergang zur Fabrikation verlange ich, nachdem die Regierung diesem Gesetz gegenüber ihre Pflicht jahrelang vernachlässigt hat, nicht. Ich wünsche vielmehr ein geräumig bemessenes Provisorium herzustellen, und dazu erlaube mir eine Herabsetzung der Rübensteuer auf 1,20 M. pro Kilo ein angemessener Weg. Ich beantrage schließlich, dieses Gesetz an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen und hoffe, daß die Arbeiten derselben dazu beitragen werden, daß von uns Allen gemeinsam verfolgte Ziel: Sicherung der deutschen Zuckerindustrie, Wahrung der deutschen Landwirtschaft vor jeder Schädigung und Sicherung des Steuereinkommens der Reichskasse zu erreichen. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter Staatsminister Lucius: Der Vorredner könnte im Gegenfatz zu seinen heutigen Behauptungen gerade aus der Thatsache, daß die Regierung aus eigener Initiative diese Vorlage einbringt, entnehmen, daß die letztere genügend und gründlich vorbereitet ist; er könnte aus der ferneren Thatsache, daß gerade der preussische Landwirtschaftsminister diese Vorlage vertritt, entnehmen, daß ich wenigstens, der ich mit den landwirtschaftlichen Kreisen in naher Fühlung stehe, fest überzeugt bin, daß die Vorlage den jetzigen landwirtschaftlichen Verhältnissen entspricht. Man kann nur so folgern, wie der Vorredner, wenn man das ganze System, unter dem sich diese landwirtschaftliche Industrie entwickelt hat, von vornherein für fehlerhaft hält. Der Vorredner steht mit seinen Behauptungen im streitesten Gegenfatz zur ganzen historischen Entwicklung dieses Gemeinwesen. Ich sehe keinen Bestand der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie; letztere unterliegt nur gewissen Schwankungen, wie auch andere Industrien. Es hat sich gerade in der Zuckerindustrie eine fortwährende Vervollkommnung vollzogen, so daß ein immer geringeres Rübenquantum zur Herstellung eines Zentners Zucker erforderlich geworden ist. Diese höchst erfreuliche Entwicklung der Zuckerindustrie hat unter dem bisherigen Steuersystem stattgefunden; und der Vorredner wäre wohl berechtigt, der Regierung den Vorwurf ungenügender Motivierung der Vorlage zu machen, wenn sie jetzt, wo die Landwirtschaft gerade an einer Krisis laborirt, einen völligen Systemwechsel hätte vornehmen wollen. Dies thut die Regierung aber nicht; sie geht vielmehr auf dem 1841 beschrittenen Wege weiter, der die Steuerfüße alle 10 bis 15 Jahre erhöhte und die Exportbonifikation entsprechend regelte. Die Thatsache, daß unter diesem System die Zuckerindustrie die größte Exportindustrie geworden ist, kann doch nicht für uns niederschlagend sein; diese Thatsache beweist doch nicht, daß die Regierung thöricht war, sondern daß Umgekehrte ist richtig. Die Vorlage schließt sich unmittelbar an das bisherige System an, auf Grund der Ergebnisse der Enquete von 1883/84. Im Gegenfatz zum Vorredner behaupte ich, daß diese Enquete gut, ja musterhaft war, wie bisher noch keine vorgekommen ist. Die Krisis ist unzweifelhaft das Resultat der Ueberproduktion an Rüben, die in Deutschland namentlich deshalb so bedeutend war, weil die anderen landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr lohnend waren. Den jetzigen Zeitpunkt aber halten wir namentlich darum für geeignet zu einer Steuererhöhung, weil diese Krisis nun vorübergegangen ist, und zwar dadurch vorübergegangen ist, daß man den Rübenbau bedeutend reduzierte. Ich fürchte allerdings, wenn diese Reduktion nicht auch ferner Platz greift, und wenn etwa diese Vorlage jetzt scheiterte, daß dann bereits im nächsten Jahre wieder die gleiche Ueberproduktion stattfinden könnte. Ich benutze gern die Gelegenheit, von dieser Stelle aus die Warnung den deutschen Landwirthen zuzurufen, daß eine ungemessene Ausdehnung des Rübenbaues zu einer neuen Krisis führen muß. Hierin werde ich durch die Wahrnehmungen meines amtlichen Lebens bekräftigt. Die den Vorschlägen der Regierung entgegenstehenden Vorschläge sind alle gründlich und sachgemäß in der Enquetekommission geprüft worden. Der Fabriksteuer steht hauptsächlich die große Schwierigkeit entgegen, daß man, was technisch wohl undurchführbar sein würde, die verschiedenen Zuckerqualitäten graduell verschieden besteuern müßte. Wie ferner eine Melassebesteuerung zweckmäßig einzurichten ginge, darüber könnte man eine Preisauflage stellen; die größte Schwierigkeit bietet hier die Frage, was eigentlich Melasse ist. Der Vorredner besprach sodann den sogenannten Herberich'schen Vorschlag, wonach man die Rohsteuer nicht erhöhen, sondern herabsetzen müßte, in der Hoffnung, daß der dadurch nothwendig entstehende Steueranfall durch eine Konsumvermehrung wieder eingebracht werden würde. Eine Steigerung der Zuckerkonsumtion wäre ja sehr erwünscht; nur glaube ich nicht, daß unsere Zuckerkonsumtion, die verhältnismäßig nur von der englischen bedeutend übertrifft, in Folge einer Steuerherabsetzung erheblich steigen würde. Daß in Deutschland soviel Zucker verbraucht wird, liegt an dortigen Besonderheiten, an der dortigen großen Thee- und Strogkonsumtion, sowie an der eminenten englischen Konsumtion, für die allein jährlich 100 000 Tonnen oder eine Million Doppelpentner Zucker verwendet werden. Was würde bei uns eine Steuerherabsetzung von 25 pCt. bedeuten? Würde die damit verbundene Preisermäßigung des Zuckers um etwa 3 Pfennige pro Pfund wirklich zu einer Konsumsteigerung führen? Schwerlich! Denn während in den letzten zehn Jahren der höchste Rohzuckerpreis 44 Mark, der niedrigste 18 Mark betrug, haben selbst solche Schwankungen keine wesentliche Aenderung in der Konsumtion bewirken können. Da ich nicht zu hoffen, daß eine Steuerreduktion den Konsum steigern und keine Einnahmeausfälle zur Folge haben würde. Die Befürchtung, daß die Steuererhöhung zum Theil von der Landwirtschaft zu tragen sein wird, theile allerdings auch ich. Ich resumire mich dahin, daß ich die Vorlage, so wie sie ist, zur Annahme empfehle, in der Ueberzeugung, daß der deutschen Landwirtschaft und der Zuckerindustrie kein Nachtheil daraus erwachsen, sie vielmehr auf gesunder Basis erhalten wird. Ich richte deshalb meine Empfehlung der Vorlage hauptsächlich an die Freunde dieser Industrie aus den Kreisen der Landwirthe; es ist nicht richtig, wenn sie sich aus einer vielleicht etwas zu kurzschichtigen Interessenpolitik ablehnend

gegen die Vorlage verhalten. Sowohl die theoretischen Anhänger der Fabriksteuer, als die Vertreter der berechtigten Interessen der Relasseindustrie könnten ja mit gewissen Gründen den Entwurf bekämpfen; aber diejenigen, welche meinen, daß mit dem System der Rohmaterialsteuer die Zuckerindustrie steht und fällt, müssen die Vorlage annehmen. (Beifall recht.)

Abg. v. Benda (nationalliberal): Die Regierungsvorlage ist als ein Versuch zu betrachten, den Mängeln der bisherigen Zuckersteuer abzuwehren. Auch unter meinen politischen Freunden giebt es eine sehr große Anzahl solcher, welche das System der Materialbesteuerung keineswegs wünschen, sondern vielmehr meinen, daß wir unbedingt zur Fabriksteuer kommen werden und daß es für die Zuckerindustrie und auch für die Landwirtschaft besser wäre, wenn wir diese Steuerform schon hätten. Aber darüber herrscht unter allen meinen Freunden Uebereinstimmung, daß es die allerhöchste Aufgabe unserer Gesetzgebung sein muß, die Exportbonifikationsfrage zu regeln und daß dieses Ziel zur Zeit nur auf Grundlage der bestehenden Materialbesteuerung erreicht werden kann. Wir glauben also, wie gesagt, trotz unserer divergirenden Ansichten über die Fabriksteuer, daß wir in diesem Augenblick nichts anderes machen können, als den Weg zu beschreiten, den die Regierungsvorlage verfolgt. Wir stimmen daher dem Vorschlage der Regierung in seinen Grundlagen zu. Ich halte es für unerschicklich, daß die Kommissionsberatungen dazu führen, daß die Vorlage in der einen oder anderen Form unbedingt angenommen wird. Denn sonst tritt wieder das Gesetz von 1869 in Geltung, und etwas Schlimmeres kann es gar nicht geben. (Beifall.)

Abg. Reichensperger (Zentr.): Die verbündeten Regierungen haben verschiedene materielle Aenderungen der bisherigen Zuckersteuergesetzgebung vorgeschlagen, weil sie sich haben überzeugen müssen, daß der bestehende Zustand geradezu unentwäglich geworden ist, sowohl für die Zuckerindustrie, wie für die Landwirtschaft und für die Reichsfinanzen. Ich für meine Person — denn meine politischen Freunde haben sich noch nicht darüber schlüssig machen können — bin der Ansicht, daß der Entwurf nicht abgelehnt werden darf, weil er eine Befreiung des gegenwärtigen Zustandes bedeutet. Im vorigen Jahre hat die Generalversammlung deutscher Zuckerindustrieller in Dresden eingehend die Frage der Besteuerung erörtert und ist selbst auf die Nothwendigkeit einer Erhöhung des Ertrages um mindestens 20 000 000 Mark gekommen. Die wichtigsten Stimmen haben sich ferner für die Fabriksteuer ausgesprochen, eines aber als sofort und dringend nothwendig auszuführen empfohlen: die Herstellung einer Zusatzsteuer in Rücksicht auf die verschiedene Qualität der Rüben. Diese Resolution ist einstimmig gefaßt. Aber die Regierung nimmt nicht mit einem einzigen Worte Rücksicht darauf, obwohl auf diese Weise leicht Differenzen auszugleichen wären, wie sie z. B. zwischen den Rüben vom Rheinland und von Sachsen stattfinden. Die rheinischen Rüben polarisiren nur mit 10 pCt., die von Sachsen mit 15 pCt. und mehr. In den sonst so reichlich ausgestatteten Motiven vermiße ich die Anlage, nämlich den Nachweis über die von den einzelnen Fabriken gezahlten Dividenden. Warum wird uns diese Tabelle vorenthalten? Aus dem im Enquetebericht enthaltenen Gutachten empfehle ich Ihnen vor allen Dingen das des württembergischen Kommissars über die Fabriksteuer; da sind die Gründe für dieselbe überschichtlich zusammengestellt. Wenn man gegen die Fabriksteuer einwendet, es würden sich die Tag für Tag neu entstehenden Zuckermassen nicht zuverlässig und scharf auf ihren Gehalt bestimmen lassen, so frage ich, weshalb man denn nicht Kameele, wenn man andererseits sachliche Urtheile von Sachverständigen gänzlich unbeachtet läßt? Und warum läßt man denn den ganzen Relassezucker unbesteuert hinausgehen? Welche Gründe in prinzipiell besteht eine Steuerfreiheit des Relassezuckers nicht, da durch die Besteuerung der Rübe aller aus derselben gewinnbare Zucker versteuert werde. Das wäre richtig, wenn die Zuckerfabriken ausschließlich auch die Relasse verarbeiten. Das ist aber nicht der Fall, sondern in 1882/83 thaten dies von 368 Rübenzuckerfabriken nur 205, während 4 Zuckerfabriken ausschließlich Relasse verarbeiteten. Der von diesen produzierte Zucker ist doch sicherlich nicht durch die Rübenbesteuerung schon getroffen. Meine Forderungen gegenüber der Vorlage bestehen also in einer Erhöhung der Ertragsfähigkeit, so daß dieselbe einer Verbrauchssteuer von 10 M. pro Zentner Zucker entspricht, sowie in einer Zusatzsteuer zur Rübensteuer, um dadurch die Qualitätsdifferenzen auszugleichen. Geschiedt dies nicht, und würden sich die verbündeten Regierungen dessen weigern, so müßte ich ihnen auf's Neue die Worte des Herrn Kollegen Dehlschläger entgegenrufen: Sie haben durch alzu große Härtslichkeit dem Schoßkinde Zucker-Industrie am empfindlichsten geschadet.

Staatssekretär v. Burckard: Wiederum sind gegen die Reichsfinanzverwaltung, sowohl seitens des Abg. Witte als auch von dem Vorredner, die alten Vorwürfe erhoben worden, daß dieselbe den Verfall der Steuer verschuldet habe; Herr Witte sprach sich sogar dahin aus, daß die Reichsfinanzen durch eine Reihe von Jahren unverantwortlich geschädigt worden seien. Eine Motivierung dieser und ähnlicher unmotivirter Vorwürfe ist jetzt wie früher ausgeblieben, man könnte sich also damit begnügen, sie als grundlos zurückzuweisen. Zur Klarstellung verweise ich indes noch auf die den Motiven beigegebene nähere Angabe der finanziellen Erträge für die Zeit von 1869 bis 1885. Der Steuerertrag belief sich danach in den Jahren von 1870 bis 1880 auf durchschnittlich 47 Millionen, hat aber fortwährend in den einzelnen Jahren erheblich geschwankt. Auf die Frage einer Steuerherabsetzung nicht weiter eingehend, hebe ich nur noch hervor, daß nicht bloß eine Herabminderung der Rübensteuer auf 1,20 M. nicht annehmbar wäre, sondern daß auch die Beibehaltung der jetzigen von 1,60 M. sich weder vom finanziellen, noch vom industriellen Standpunkt empfehlen würde. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung von 1,80 M. ist keineswegs zugleich eine Erhöhung der Objekts-Belastung. Mit dieser Erhöhung wird nicht einmal jenes Maß der Belastung erreicht, welches 1869 als das richtige galt, nämlich die Belastung des Zuckers mit 10 M. pro Zentner. Es kommt auch auf die Belastung des Zuckers als Konsumobjekt an. Darüber, in welchem Maß der Zucker ein geeignetes Steuerobjekt ist, können sehr getheilte Ansichten obwalten. Einige halten kein Objekt für geeigneter zu einer hohen Steuer, als dieser. Jedenfalls wäre eine Herabminderung und allmähliche Befreiung der Zuckersteuer weder finanziell, noch wirtschaftlich, noch steuerpolitisch gerechtfertigt. Denn, wenn schon ein Nahrungsmittel, so ist es doch wenigstens von den nothwendigsten. Die Verwunderung des Abg. Reichensperger über die Nichtberücksichtigung der Beschlüsse der Zuckerindustriellen, bezüglich der Besteuerung der Relasse und der Zusatzsteuer, erklärt sich einfach daraus, daß der Regierung davon absolut nichts bekannt ist. Entweder liegt hier ein Irrthum des Vorredners vor, oder die Interessenten haben von ihren Dresdener Beschlüssen der Regierung keine Mittheilung gemacht. Seit 1880 hat sich unsere Zuckerproduktion mehr als verdoppelt, entsprechend ist die Relasseerzeugung gestiegen. Weder die Enquete-Kommission, noch die Regierung hat sich Angehörig der Mannigfaltigkeit der Entzuckerungssysteme ein Bild von einer etwaigen Besteuerung der Relasse machen können. Wenn Herr Witte das für sehr leicht erklärt, so möge er doch positive Vorschläge in dieser Beziehung machen. Wenn Herr Witte zu ganz anderen Resultaten bei seinen Berechnungen über das Ausbeuteverhältniß gelangt, so liegt dies daran, daß er das letzte und vorliegende Jahr zu Grunde legt. Im Jahre 1882/83 waren

noch 10,50 Zentner Rüben zur Herstellung eines Zentners Zucker nöthig. Würden wir über dieses Maß hinausgehen, so würden wir namentlich die schwächeren Elemente der Industrie ernstlich gefährden. Daß die Fabriksteuer gewisse Vortheile hat, ist nicht zu verkennen. Aber im Interesse der Industrie müssen wir uns für die Beibehaltung der Materialbesteuerung entscheiden und ihre Nachteile nach Möglichkeit auszugleichen suchen. In der Erhöhung der Steuer liegt unzweifelhaft eine Anforderung an die Industrie. Aber das ist kein Schaden für dieselbe. Es wird ihr vielmehr nur ein unberechtigter Gewinn entzogen. Die Regierung hat gefaßt, zwischen den finanziellen und den Interessen der Zuckerindustrie und des Rübenbaues einen Ausgleich zu finden. Der Konsum wird nicht belastet, denn der Preis des Zuckers bemisst sich nicht nach der Höhe der Steuer, sondern der Ausfuhrvergütung, und die Erhöhung derselben ist verschwindend gegenüber der Steuererhöhung. Wenn Herr Reichensperger gemeint hat, ein Definitivum sei mit der Rohmaterialbesteuerung überhaupt nicht zu erreichen; denn bei den Fortschritten der Industrie würden die Steuererträge im Laufe der Zeit sich als unhaltbar erweisen, und daß man deshalb zur Fabriksteuer übergehen müsse, so bemerke ich, daß man nach den Erfahrungen anderer Länder, ob bei Fabrik- oder Materialsteuer, von Zeit zu Zeit zu einer Revision wird schreiten müssen. Wir machen nicht Gesetze für ewige Zeiten, ich glaube aber, daß dieses Gesetz für eine längere Reihe von Jahren zutreffen wird. Ich kann Sie also nur bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. v. Hellendorff (Deutsch.-kons.): Meine Fraktion erkennt den Anspruch der Regierung in vollem Maße an, die Einnahmen aus der Rübensteuer wieder zu erhöhen und sie ist sich bemüht, daß die Landwirtschaft und Industrie im Wesentlichen schließend die Last tragen müssen. Ein großer Theil meiner politischen Freunde sieht deshalb wesentlich auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage. Dennoch darf ich nicht verhehlen, daß über einige Punkte der Vorlage bei uns verschiedene Ansichten existiren. So hält man das Verhältniß der Rüben zum Zucker von 10% zu 1 für möglicherweise zu hoch gegriffen. Ebenso redet man einer Herabsetzung der Rübensteuer das Wort, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Bonifikation. Einig sind wir darüber, daß wir gegenüber der jetzigen Lage der Zuckerindustrie entscheiden vermeiden müssen, irgend welche schroff wechselnde Verhältnisse herbeizuführen. Diese Industrie hat erst vor Kurzem eine sehr schwere Krise überwunden, von der sie sich eben mühsam erholt. Die Zuckerindustrie hat dieselben Interessen, wie die Landwirtschaft. Deshalb hat die ganze Frage eine eminent volkswirtschaftliche Bedeutung. Es müssen daher die fiskalischen Interessen, so berechtigt sie an sich sind, hinter diesem Interesse zurücktreten. Die Bemessung der Steuererträge auf zwölf Monate halten wir für zu lang und für unvortheilhaft für eine gesunde Entwicklung der Industrie. Den Uebergang zur Fabriksteuer halte ich angesichts der großartigen Entwicklung unserer Zuckerindustrie unter der Form der Materialsteuer für ein theoretisches Hirngespinnst, es würde dadurch an der Basis der ganzen jetzigen Bonifikationsweise gerüttelt. Gegen den Gedanken einer Herabsetzung der Rübensteuer von 16 auf 12 Groschen lege ich wenig aus. Nur möchte ich vor der Hoffnung warnen, daß man durch den gesteigerten Konsum den fiskalischen Ausfall decken könnte. Jedenfalls möchte ich mich gegen die Herabsetzung der Bonifikation erklären, es würden dadurch die Preise zum Schaden der Industrie um denselben Betrag heruntergehen. Was die Feststellung des Rendements betrifft, so belege ich, daß dasselbe so knapp gegriffen ist, so daß in der That nur eine kleine Prämie übrig bleibt. Wenn wir auch nicht so phantastische Exportprämien gewähren wollen wie andere Länder, so müssen wir sie doch so stellen, daß unsere Industrie sich auf dem Weltmarkt behaupten kann. Ein paar Millionen für die Staatskasse kommen dagegen nicht in Betracht, wenn die Zuckerindustrie wieder im Aufblühen begriffen ist. (Beifall recht.)

Abg. Kober (Reichspartei): Als ich im vorigen Jahre bei der Etatsberatung über die Nothwendigkeit einer Reform der Zuckersteuer sprach, bemog mich dazu der äußere Grund, daß trotz der zunehmenden Fabrikation ein auffallender Rückgang der Einnahmen an Rübensteuer eingetreten war, und der innere Grund, daß aus diesem Verhältniß nicht die gesamte Industrie einen Vortheil zog, sondern nur ein Theil derselben. Als Bedingungen einer wirksamen Steuerreform betrachte ich, daß sie einer lebhafteren Steigerung des Konsums die Wege bahnt, daß sie dem Reiche eine höhere Einnahme liefert und daß sie gewisse dauernde Verhältnisse schafft. Dieses Ziel kann auf der Basis dieser Vorlage nicht erreicht werden. Was die Industrie betrifft, so wird sie nicht verwundert sein, sie wird das Gesetz zum Theil mit Jubel aufnehmen. Anders sieht es mit der Landwirtschaft. Sie wird entschieden einen Theil des Verdienstes zahlen müssen, der dem Staate zufällt, und sieht daher das Gesetz mit schweren Bedenken an. Was die Einwände des Herrn v. Hellendorff gegen die Herabsetzung der Bonifikation betrifft, so muß ich dieselben entschieden in Schutz nehmen. Die Einrichtung steuerfreier Lager empfehle auch ich, damit das Risiko des Fabrikanten gemindert wird. Die Kommission wird erstlich zu sorgen haben, daß mit dem Interesse des Fiskus auch das der Landwirtschaft Berücksichtigung finde.

Darauf wird die Debatte bis morgen vertagt.

Abg. v. Jazdzewski (Pole): Ich bitte den Präsidenten, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen die Besprechung der am 1. Dezember v. J. abgebrochenen Diskussion über die Interpellation betreffend die Ausweisungen zu setzen. In der Provinz Posen legt man Werth darauf, daß diese Angelegenheit sobald wie möglich zum Austrag gebracht werde. Ich richte deshalb an den Präsidenten die Anfrage, ob er noch in dieser Woche einen Tag bestimmen kann, an welchem die Diskussion stattfinden könnte. Interpellationen zu stellen ist das Recht des Abgeordneten, das auch ich mir nicht verschränken lassen will. Da noch eine Anzahl von Anträgen vorhanden sind, die sich auf denselben Gegenstand beziehen, so würde ich es für entsprechend halten, daß mit der Besprechung der Interpellation zugleich die Verhandlung über diese Anträge verknüpft würde. Vielleicht hält der Präsident es für angemessen, die Angelegenheit am Freitag zur Erledigung zu bringen, die wichtige Lebensinteressen unserer Provinz berührt. Der Wunsch geht von einer Minorität aus, aber gerade dadurch hat er wohl Anspruch auf Berücksichtigung.

Präsident: Der Wunsch des Herrn Abg. v. Jazdzewski erscheint mir etwas verfrüht, ich kann ihm anheimgeben, denselben am Donnerstag wieder vorzubringen, wenn die Tagesordnung für die folgende Sitzung festgelegt wird.

Abg. Ricker (deutschf.): In der Form muß ich dem Herrn Präsidenten Recht geben; ich will aber heute erklären, daß wir in jeder nächsten Sitzung einen Antrag Jazdzewski auf Besprechung der Ausweisungen-Interpellation aufs lebhafteste unterstützen werden. Es entspricht der Würde des Reichstages, daß in einer so wichtigen Sache die Verhandlung nicht wie bis jetzt von Woche zu Woche verschoben wird.

Abg. v. Jazdzewski: Die Anträge, deren ich Erwähnung gethan habe, können nicht ohne Weiteres mit der Interpellation zur Diskussion gestellt werden, weil andere Anträge vor diesen die Priorität haben. In Bezug auf die Interpellation liegt ein gleiches Bedenken nicht vor. Ich wollte durch meine Anträge nur einen Akt der Rourtoisie gegenüber dem Herrn Präsidenten ausüben, ihn selbst veranlassen, und Vorschläge zu machen. Ich muß mich mit seiner Antwort bescheiden, hätte aber doch lieber gesehen, wenn er erklärt hätte, uns selbst Vorschläge machen zu wollen.

Präsident: Es liegen noch drei Anträge vor, welche denselben Gegenstand betreffen. Meiner Ansicht nach müßte es nicht auf sein, die Verhandlung über dieselben und die Interpellation zu trennen. Meine Absicht war, die Anträge in der Reihenfolge, wie sie eingebracht sind, auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Windthorst (Zentrum): Ich glaube, der Präsident hat ganz korrekt gehandelt. Zwar wünscht meine Freunde, daß die von Herrn von Jazdzewski erwähnte Angelegenheit baldigst erledigt werde, doch glaube ich, daß alles in gehöriger Ordnung gehandhabt ist. Je wichtiger die Angelegenheit war, desto nothwendiger war es, sie kalt und ruhig zu behandeln. Deshalb muß ich die Aeußerung des Abg. Ricker, daß der Reichstag die Sache verschleppt hat, entschieden zurückweisen.

Abg. Ricker: Ich bin mit Herrn Windthorst einverstanden; ich meine nur, daß es der Würde des Reichstages entspreche, die Angelegenheit jetzt endlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Windthorst: Ich und Herr Ricker sind einer Meinung bis auf zwei Wörter. Er sagt „jetzt“, ich sage „jetzt“, weil die Sache nicht eher behandelt werden konnte (Große Heiterkeit.)

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Fortsetzung der Debatte. Wahlprüfungen.)

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde gestern der Etat der Reichsdruckerei in Einnahmen und Ausgaben verändert genehmigt. Im Extraordinarium wurden die Erwerbungen eines Grundstücks in der Alten Jakobstraße in Berlin gefordert 360 000 M. (zur Erweiterung der Betriebsräume der Reichsdruckerei) ebenfalls bewilligt.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 14. Januar, Nachmittag 5 Uhr: Ein Naturalisationsgesuch — Vorlage, Letz. die Verleihung von Raten des Friedrichs-Gewerbe-Stipendiums 1885 — Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindebeamten — Vorlage, betr. den Stamm- und Miethen-Tarif und die Organisation der Markthallen — betr. die Erwerbung einer von dem Potsdamer Bahnhof Grundstück zur Freilegung der Judenwälderstraße erforderliche Parzelle — desgl., betr. die Abweichungen der für städtische Bauten entstandenen Kosten von den Kostenanschlägen — desgl., betr. die Vermietung einer Wohnung im Rathswaagegebäude am Alexandersplatz — desgl., betr. die Erwerbung zum Bau des Hauptamters für das X. Radialsystem in der Bellemanstraße erforderlichen Terrains — desgl., betr. die Erwerbung des zur Regulirung des Halleischen Ufers zwischen der Mörden- und der Schönebergerbrücke erforderlichen Terrains — Einige Rechnungen.

In der Vorlage, betreffend die Organisation der städtischen Markthallen, welche der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist, wird an der Uebersetzung festgehalten, daß die Eröffnung der vier Markthallen, welche an Stelle der dann zu schließenden acht Wochenmärkte treten Anfangs April stattfinden können. Alles, was jetzt über die Organisation der Markthallen beschlossen werden soll, ist nur einen provisorischen Charakter tragen und nur bis zum 1. Oktober 1887 gelten, um inzwischen praktische Erfahrungen für etwaige Verbesserungen sammeln zu können. Die formale Verwaltung der Stelle eines Dirigenten der städtischen Märkte soll dem Direktor des Viehhofes, dem Hausburg, übertragen und ihm dafür dreihundert Mark monatliche Diäten gewährt werden. Für jede Detailhalle wird ein Inspektor (3000 Mark bis 4000 Mark) und bis zwei Gehilfen desselben (1800 Mark bis 2400 Mark) angestellt. Die Obliegenheiten des Direktors des städtischen Marktwesens sind sehr umfangreiche, seine Veranlagung ist aber nur eine provisorische. Die Leitung der gesamten Verwaltung der Zentralhalle soll einem besonderen Markthallen-Verwalter der gleichzeitig Substitut des Markthallen-Direktors in der Zentralhalle ist, übertragen werden; außerdem sind für die Zentralhalle noch zwei bis drei Inspektions-Assistenten, ein Kassirer und ein Sekretär in Aussicht genommen. Die Verleihung des Uebernahme-Dienstes in der Eisenbahn-Station der Markthalle x. wird eine „Städtische Markthallen-Verwaltung“ und Uebernahme-Station gebildet. Dieses Amt soll, wenn möglich, durch einen in der Expeditions-Verwaltung erfahrenen Kaufmann versehen werden, welcher ein Gehalt von 400 Mark pro Monat beziehen soll. Als Vermittler sollen, wie wir bereits mitgetheilt haben, nur mit guten Referenzen versehene, unbesoldete Kaufleute zugelassen werden, welche eine Kaution von zwanzigtausend Mark hinterlegen und sich verpflichten eine bestimmte Raummiethe und außerdem 1/3 Prozent des Bruttobetrages aller von ihnen gemachten Geschäfte an die Stadtgemeinde zu zahlen. Zur Bestreitung der ersten bis zur Eröffnung der Markthallen erforderlichen persönlichen wie sachlichen Verwaltungsausgaben erbittet der Magistrat die Bewilligung einer Summe von 100 000 Mark und schlägt fernern, mit der Verwaltung der Zentralhalle provisorisch der Schlachthof-Inspektor Hauswitz zu betrauen.

Der Etat für das gewerbliche Unterrichts- und Lehrwesen pro 1886/87 umfaßt die vom Magistrat den einzelnen Fachschulen zu gewährenden Zuschüsse, welche sich in Summa 90 259 Mark belaufen. Es entfallen hierauf auf die städtische Webeschule (frühere Fachschule für Stuhlradarbeiter) 7133 Mark auf die Fachschule für Maurer und Zimmerer 1800 Mark, die Tischler 2240 Mark, die städtische Handwerker-Schule 65 079 Mark die Baugewerkschule 10 880 Mark und auf das Friedrichs-Gewerbe-Stipendium 1800 Mark.

Auf Antrag der städtischen Deputation hat der Magistrat beschlossen, das zur Verbreiterung der Dresdenstraße von den Grundstücken 107—110 erforderliche Terrain für 33 000 Mark anzukaufen.

Lokales.

Wie entstehen die Berliner Viehmarkt-Berichte? Darauf antwortet die „Dsch. Fleisch-Big.“: In jeder der vier Verkaufshallen für Rinder, Schweine, Hammel und Lämmer findet sich an jedem Markttage der ausschließliche Inspektor bei einzelnen Vertrauenspersonen, Käufern und Verkäufern nach dem im Laufe des Marktes erzielten Preisen; dasselbe geschieht von Seiten des königlichen Polizei-Präsidenten durch den Polizeiwachtmeister eventuell Polizei-Beauftragten. Im Laufe des Marktes sucht ebenfalls der Direktor sich unabhängig von den übrigen Beamten ein Bild von dem Gang der Geschäfte zu verschaffen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Erfindungen bei den Käufern möglichst hohe Preisangaben ergeben, die Erfindungen bei den Verkäufern möglichst geringere Preise zur Notirung gelangen lassen. Hieraus resultirt die richtige zu finden, ist der um 12 Uhr Mittags zusammen tretenden Konferenz vorbehalten; die vier Inspektoren der Direktion, eventuell der Ober-Inspektor, die Vertreter der Polizei-Behörde stellen nun den Bericht fest. Es soll genau angegeben werden, daß nicht immer bei den einzelnen Notirungen das Richtige getroffen wird; vor allem müssen die hohen, oft für ganz besondere Qualitäten bezahlten Preise außer Berechnung bleiben. Bei Rindvieh wird auch unter Abzug für Haut, Talg und Eingeweide notirt. Ein Grundstock

welcher den ein könnte geben. im Sta schwern behaupt Bericht dies ist richte berichte D gestern Unterf zu dere macht E kann g juben zende henfer offener schen Septen tigt für getreter ist, wie andern Zeugni seiner nicht m treten g bei sein Antrieh denfelf deshalb and an g. unserer geschrie Cafe's Erfahru men ur welfen des Her glauben Wohlh so weif d. h. d dageger ihm me des Ca Seite g die Da nach ir sich selb gegenü durch d Butter unvere daß W Unter Wlich Milch eigener Blieser erbalter glaubw zc. Bed bastet. Au meiner ersten besteh hervor, 3581 U 80 Pf. sich auf Unterf 195 M stehende 534 M. In des die Strafman seines a ausreich zwar be gefstoch aufßen Räume sidenten Gründe Beleuch Miethe nicht f Beleuch wendung derselben außer kommen wurde B berechtig nen V welche u den So die erla sich zur dore die Verfüg u begin nun in der Ala gefüht, bezüglic welenli verwalte gefund sei an d die Dr Trepper haltung Gefahre geboten diese F Gausnri sei, und jeiverd geitlicher nicht fr genügtes als das dung de besosfel Publika sei, geb Mietsh

or, welche
ch würde
t und die
Antrag
ie Tages
der Brä
wünsche
sach glaub
Se nicht
leuherun
leppet ha
n einen
eichtags
ordnun
nd ein
lich", s
en konnt
der D
de gesten
haben un
die u
strafe, s
Beitrieb
rdneten
schmittig
die Be
iums zu
von un
Stand
Bahnho
berliche
städtisch
liegen
thswaag
bung des
m in de
betr. s
zwischen
hen Ze
tion de
ten. Bei
ng fest
welche
te treten
soll über
ist, ist
bis zur
fahrungen
Die lo
nten in
B. H
len. Am
eifrs. Bei
n. Bei
n Gebäu
is Aus
nigebäu
und
Rauten
pflichten
ent an
n bis zu
wie sich
die Be
igt fern
risch de
stweil
en Fal
mma o
städt
33 Mar
war, s
079
richs-
tion
redem
errain
richte
der
über er
Inspekt
erläufen
selbe ge
is durch
t. In
abhäng
der Ge
ade, das
die Preis
aus dem
tags zu
rektor.
recter de
oll gem
en An
ffen die
n Preis
ch unter
undfla

welcher nicht bei allen Viehhöfen immer gehalten wird. Würden einzelne oft hohe Preise mit zur Notung herangezogen, könnte ein solcher Bericht kein entsprechendes Bild des Marktes geben. Da jeder Landwirth der Meinung ist, nur Prima Vieh im Stalle zu haben, würde ein solcher Bericht zu großen Erschwernissen im Viehhandel führen. Die „Allg. Fleisch-Blg.“ behauptet in einer Aufschrift an die „Voss. Blg.“, daß in den Berichten der Viehmarkt Verwaltung Remedur eingetragen ist; dies ist nicht richtig. Nach denselben Prinzipien, wie die Berichte früher hergestellt sind, werden dieselben noch heute hergestellt.

Der Buchhalter der Lutterfall-Gesellschaft wurde gestern zur Haft gebracht. Es wird ihm zur Last gelegt, Unterschlagungen in Höhe von 40000 M. begangen zu haben, zu deren Verdeckung er falsche Eintragungen in die Bücher gemacht hat.

Simon May hat seine Arbeit gethan; Simon May kann gehen. Nur giebt der brave „Reichshöle“ seinem Schutze die Entlastung nicht so laualeremäßig wie der glänzende Lavagna seinem Mohren mit dem Rathe, „sich anderswo haken zu lassen“. Das fromme Blatt stellt seinem Redakteur öffentlich folgendes Zeugniß aus: „Herr May war, nachdem er schon früher ab und zu uns Arbeiten geliefert hatte, vom September bis Ende Dezember aushilfsweise bei uns beschäftigt für den plötzlich krank gewordenen und deshalb zurückgetretenen Redakteur Herrn von Verken. Seit dem 1. Januar ist, wie von vornherein beabsichtigt war, die Stelle wieder anderweit besetzt und Herr May, dem wir übrigens das beste Zeugniß, sowohl bezüglich seines Verhaltens als bezüglich seiner Leistungen geben können, ist seit dem 31. Dezember nicht mehr bei uns beschäftigt. Herr May ist bei seinem Auftreten gegen die Fehler der Juden und des Judenthums, wie bei seinem Entschlusse, Christ zu werden, lediglich eigenem Antriebe gefolgt; wir haben nie irgend welche Anregung auf denselben in dieser Richtung ausgeübt, geschweige, daß er deshalb bezahlet worden wäre. Alles in dieser Richtung hin und anderweit behauptete ist völlig unwahr.“

g. Zu dem Anwesen der Zahlkellner in einzelnen unserer Wiener Cafés wird uns von einem „Eingeweihten“ geschrieben. Jeder, der eins der von Damen frequentirten Cafés zu spät Abendstunde betritt, wird wohl schon die Erfahrung gemacht haben, daß die Zahlkellner auf ihn zulkommen und ihm hier oder dort einen „schönen Blag“ nachzuweisen suchen. Es richtet sich nun ganz nach dem Neuzeren des Herrn, wo die Zahlkellner einen geeigneten Blag zu haben glauben. Ist der Eintretende ein Mann, dem man einige Wohlhabendheit und eine gewisse „Unternehmungslust“ anmerkt, so weist man ihm einen Blag in den „ersten Reihen“ nach, d. h. dort, wo die Damen „Parade sitzen“. Hat der Besucher dagegen ein weniger „schmergwichtiges“ Neuzere, so sucht man ihm möglichst nach hinten zu dirigieren, wo sich die „Bierden“ des Cafés nicht aufhalten pflegen. Wenn nun von einer Seite gesagt wird, daß die Zahlkellner die besten Blags an die Damen der Halbwelt förmlich verpacken und hierdurch nach einer verhältnismäßig kurzen Zeit in die Lage kommen, sich selbstständig zu machen, so ist ihr Verhalten den Gästen gegenüber sehr erklärlich.

Erdhildig geschädigt wurde eine hiesige Milchhändlerin durch die Verunreinigung ihrer mit dem Austragen von Milch, Butter und Sahne beauftragten Dienstmädchens. Letztere, die unverehelichte Maria Bra, spiegelte ihrer Dienstherrin vor, daß Personen, welche in Wirklichkeit nicht existieren, u. A. ein Unter den Linden wohnender Graf Sternari Bestellungen auf Milch bei ihr gemacht hätten, und erhielt täglich ein Quantum Milch zur Ablieferung an den angeblichen Grafen. Nach eigener Angabe hat die Bed für 80 Mark Waaren, die sie zur Ablieferung an nicht existierende Kunden von ihrer Dienstherrin erhalten hatte, in die Spree gegossen. Da diese Angaben ungläubhaft erschienen, vielmehr anzunehmen ist, daß die zc. Bed die Waaren unterschlagen hat, wurde dieselbe verhaftet.

Aus dem Jahresbericht des Vorstandes des Allgemeinen Blindenvereins, welcher in der gestern stattgehabten ersten Sitzung dieses aus lauter erblindeten Mitgliedern bestehenden Vereins zur Kenntniß gebracht wurde, heben wir hervor, daß das Gesamtvermögen des Vereins nunmehr 3581 M. 24 Pf. beträgt, wovon dem Reservefonds 3046 M. 80 Pf. angehören. Die Einnahmen im letzten Halbjahr beliefen sich auf ca. 500 M., wovon an Krankengeld 121 M. und an Unterstützungen zur Förderung der Erwerbsfähigkeit der Blinden 195 M. ausgegeben worden sind. Die hierzu für das bevorstehende erste Halbjahr freibleibenden Mittel belaufen sich auf 534 Mark.

Zur Treppenbeleuchtungsfrage. Durch Verfügung des hiesigen Polizeipräsidiums war einem Hauseigentümer bei Strafdrohung aufgegeben worden, die Treppen und Flure seines Hauses während derjenigen Stunden, in welchen es an ausreichender Beleuchtung durch natürliches Licht mangelte, und zwar bis 10 Uhr Abends, zu beleuchten. Es war dabei ausgesprochen, daß die Beleuchtung nur dann als ausreichend anzusehen sei, wenn sie ein deutliches Erkennen der betreffenden Räume ermögliche. Die vom Wirth hiergegen beim Oberpräsidenten von Berlin erhobene Beschwerde war aus folgenden Gründen zurückgewiesen worden: Der Einwand, daß wegen Beleuchtung des Hauses nur das zwischen dem Wirth und den Mietern getroffene Uebereinkommen maßgebend sei, könne nicht für zureichend erachtet werden. Vielmehr erscheine die Beleuchtung im sicherheitspolizeilichen Interesse zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben drohenden Gefahr geboten, da das Haus außer von den Mietern auch von den zu denselben kommenden Personen betreten werde. Gegen diesen Bescheid wurde beim Ober-Verwaltungsgericht Klage erhoben und die Berechtigung des Polizeipräsidiums zum Erlaß der angegriffenen Verfügung bestritten, da eine gesetzliche Bestimmung, welche den Hauswirth die Beleuchtung der Häuser auch in den Sommermonaten auferlege, nicht existire. Ferner greife die erlassene Verfügung auch in Privatrechte, denn es hätten sich zur Beleuchtung der sämtlichen Flure, Treppen und Korridore die Mieter kontraktlich verpflichtet. Außerdem gebe die Verfügung zu Zweifel hinsichtlich der Zeit, wo die Beleuchtung zu beginnen habe, Anlaß. Das Ober-Verwaltungsgericht hat nun in seiner Sitzung vom 9. Dezember 1885 auf Abweisung der Klage erkannt. In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß die Angriffe der Verfügung seitens des Wirthes bezüglich der Berechtigung zu ordnungspolizeilichen Verfügungen wesentlich gleichen Inhaltes in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts bereits ihre Würdigung und Zurückweisung gefunden hätten: In der Entscheidung vom 19. Septbr. 1883 sei an der Hand der bestehenden Gesetzgebung dargelegt, daß die Ortspolizeibehörde berechtigt sei, die Beleuchtung der Treppen und Flure bewohnter Häuser, soweit dies zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und zur Abwendung von Gefahren von dem in den Häusern verkehrenden Publikum geboten erscheine, von den Hauseigentümern zu fordern, daß diese Forderung von privatrechtlichen Verabredungen zwischen Hauswirth und Mietern über die Beleuchtung unabhängig sei, und daß dieselbe, so lange sie nicht durch allgemeine Polizeiverordnungen geregelt sei, auch Gegenstand einzelner polizeilicher Verfügungen an solche Eigentümer sein könne, welche nicht freiwillig den polizeilich zu stellenden Anforderungen genügen. Der § 10 des Allgemeinen Landrechts erkläre es als das Amt der Polizei, die nötigen Anstalten zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben drohenden Gefahr zu treffen. Zu den Mitgliedern des Publikums, welche vor Gefahr zu schätzen Pflicht der Polizei sei, gehörten auch die Mieter. Diese könnten nicht durch Mietverträge dem pflichtmäßigen Schutze der Polizei entzogen

werden. Auch der weitere Einwand, daß die angegriffene polizeiliche Verfügung hinsichtlich des Zeitpunktes, mit welchem die Beleuchtung zu beginnen habe, unklar gefaßt sei, sei nicht geeignet, den Klageantrag zu rechtfertigen.

Gerichts-Zeitung.

Beim Auswechseln abgängig gewordener Schienen auf einer Eisenbahnstrecke, welche Arbeit zur Nachtzeit ausgeführt wurde, während die Bahnverbindung fahrlanmäßig innerhalb sechs Stunden ruhte, verlegte sich schwer ein Arbeiter, welcher auf Grund des § 1 des Haftpflichtgesetzes, betr. die erhöhte Haftpflicht bei Eisenbahn-Unfällen, Schadenersatz vom Eisenbahnbetrieb beanspruchte. Der Verlegte wurde aber in beiden Instanzen mit seinem Anspruch abgewiesen, indem sie auf den vorliegenden Fall die erhöhte Haftpflicht aus § 1 nicht für anwendbar erachteten; auch die von ihm eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht, dritter Zivilsenat, durch Urtheil vom 16. Oktober v. J. zurückgewiesen. Der höchste Gerichtshof führte begründend aus: „Wäre die Zwischenzeit von 6 Stunden zur Ausführung der Arbeit oder die dazu verwandten Arbeitskräfte ungenügend bemessen gewesen, so wäre nicht unmöglich, daß in Folge der damit verbundenen Gefahr wegen Veranlassens der Bahnzüge und der naturgemäß hierdurch hervorgerufenen Aufregung ein Zusammenhang zwischen der fraglichen Arbeit und eigentümlichen Gefahren des Eisenbahnbetriebes in der Art sich ergeben konnte, daß auf einen doppel sich ereignenden Unfall der § 1 des Haftpflichtgesetzes anzuwenden wäre. Im vorliegenden Falle erscheint jedoch die Anwendung ausgeschlossen, weil festgestellt ist, daß sowohl die vorgezeichnete Zeit wie die aufgetriebenen Arbeitskräfte vollkommen genügen, um die Arbeit mit Ruhe und ohne Ueberleistung ausführen zu können. Nach dieser Seite hin ist daher der dem Kläger zugestohene Unfall mit den eigentümlichen Gefahren des Eisenbahnbetriebes, bezw. mit diesem selbst nicht in Kausalzusammenhang zu bringen. Daß aber auch die weiteren von dem Kläger geltend gemachten Momente: nächtliche Arbeit und bei Nachtbeleuchtung, diesen Zusammenhang nicht herzustellen vermögen, ergibt sich aus der einsamen Erwägung, daß derartige Momente dem Eisenbahnbetrieb durchaus nicht eigentümlich sind.“

Veipzig, 11. Januar. Am schwarzen Brett des Reichsgerichts ist unter dem heutigen Datum folgender Aushang befestigt worden: „Sitzung des vereinigten zweiten und dritten Strafsenates des Reichsgerichts Montag, den 1. Februar 1886, Morgens 9 Uhr und folgende Tage im Geschäftsgebäude Brühl 80 in der Strafsache wider: 1) den dänischen Kapitän a. D. Christian Friedrich Konrad Sarauw aus Kopenhagen wegen Landesverrats und verübten Landesverrats; Verteidiger die Rechtsanwälte Mundel und Wolfram zu Berlin; 2) den Ritter Christian Wilhelm Rudolf Röttger aus Mainz wegen Beihilfe zum Landesverrat; Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schmitt zu Mainz. Leipzig, 11. Januar. Der Gerichtsschreiber des vereinigten 2. und 3. Strafsenates des Reichsgerichts: Schleiger, Kanzleirath.“ Wie man uns mittheilt, wird der Prozeß etwa 14 Tage in Anspruch nehmen und vollständig unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Der Inhalt der Anklage ist ein ähnlicher wie im Hensch-Kaschewski-Prozeß.

Vereine und Versammlungen.

Der Fachverein der Tischler hielt am Sonnabend, den 9. d. M., eine Versammlung in Sägers Lokal, Grüner Weg 29, unter Vorsitz des Herrn Thierbach ab, in welcher Herr Dr. Lütgenau über das Thema: „Wie ist eine gesunde Wohnung beschaffen?“ sprach. Zunächst wünschte der Vortragende Allen ein glückliches neues Jahr, und gab der Hoffnung Raum, daß durch thätigstes Wirken sämtlicher Mitglieder der Verein noch in diesem Jahre seine Mitgliederzahl auf 6000 bringen werde. Letzteres motivirte der Vortragende dahin, daß sich die Idee immer mehr Bahn breche, daß man sich nur durch festes Zusammenstehen in einem Vereine gegen die Uebergriffe des Kapitals schützen könne. Im Verein werde man durch Vorträge, Diskussionen u. s. w. belehrt, und dadurch lerne man auch über seine ökonomische Lage nachdenken. Ein Hauptfaktor in unserer ökonomischen Lage sei die Wohnung. Dieselbe sei ein Gradmesser des Kulturzustandes der Völker, sie sei ein Schutz gegen äußere Feinde, ein geschlossener und gesicherter Raum zum Ausruhen nach des Tages Mühe und Lasten. Hauptsächlich aber sei eine gesunde Wohnung notwendig zur Erhaltung des nachwachsenden Geschlechts. In einer guten Wohnung gehöre reine gute Luft, reines klares, frisches Wasser und helles Tages- (Sonnenlicht). Man solle, wenn irgend möglich, nie in demselben Zimmer wohnen und schlafen, sondern geräumige Wohnzimmern (als Platz für die Kinder zum Tummeln) und ebenfalls große Schlafzimmern seine Wohnung nennen. Ein großer Hauptpunkt ist die Reinlichkeit. Eine schmutzige und wenig geflügelte Wohnung wird zum Herd von Infektionskrankheiten; Beispiele lezere sind Italien und Spanien. Die Temperatur eines Wohnzimmers müsse sich zwischen 12-15 Grad Reaumur oder 14-19 Grad Celsius bewegen. Zum Wärmeerzeugen empfahl der Vortragende die Kachelöfen, die eisenen Ofen seien entschieden zu verwerfen, weil letztere leicht schädliche Dünste u. dergl. im Zimmer verbreiten; auch strahlen sie zu schnell Wärme aus. Velber seien die Arbeiter heute nicht in der Lage, sich gute Wohnungen zu beschaffen. Es sei daher Pflicht der ganzen Gesellschaft, falls sie sich nicht an den künftigen Generationen verdingen will, gesunde und preiswerthe Wohnungen für Alle zu beschaffen. Auch der Schlichtkulturstreife müsse ein menschenwürdiges Dasein führen können. Nach dem Vortrag ließ Herr Liebig einen, zu dem Vortragsthema passenden Artikel verlesen. Herr Volbert führt an, daß heute die meisten Arbeiterfamilien sich eine Wohnung aus Stube und Küche mieten, und sehr häufig Mann, Frau und mehrere Kinder in der Küche wohnen, schlafen und sich reinigen. Redner wies nach, wie schädlich hauptsächlich die beiden letzten Punkte auf die Sittlichkeit wirken. An der Diskussion beteiligten sich noch die Herren Wiedemann, Thierbach, Furchtbar und Renke. Zum Schluß führte Herr Dr. Lütgenau an, daß er aus der Diskussion noch manches Neue erfahren habe. Es müsse aber doch jetzt jedem einleuchten, daß gründliche wirtschaftliche Reformen dringend nötig sind, mindestens müsse die Arbeitszeit so weit verkürzt werden, daß man als Ersatz für die schlechte Wohnung eine Stunde täglich im Freien frische Luft schöpfen könne. Ueber den 2. Punkt der Tagesordnung entspann sich eine längere Debatte, an der sich hervorragend die Herren Volbert, Furchtbar, Thierbach, Wiedemann, Lügauer, Vogt, Reil, Renke, Dr. Lütgenau und Vorchers beteiligten. Schließlich wurde einstimmig beschlossen, die Vereinsversammlungen im Osten Berlins regelmäßig weiter abzuhalten. Mittheilung wurde noch, daß am Sonntag, den 17. d. M. Nachmittags, in der Herberge, Blumenstr. 56, ein gemüthliches Beisammensein stattfinden, wo auch Damen und Gäste Zutritt haben. Schluß der Versammlung 12 1/2 Uhr.

th. In der öffentlichen Schuhmacher-Meister- und Gesellen-Versammlung hielt am 11. d. M. bei Wohrmann, Gr. Frankfurterstr. 117, vor einem zahlreich erschienenen Auditorium Herr Reichstagsabgeordneter Bod einen Vortrag über die Nothwendigkeit sachgewerblicher Organisationen. Lange Arbeitszeit, schlechter Lohn, schlechte Ernährung, schlechte Wohnung, schlechte Kleidung, das meinte der Vortragende, bezeichne die heutige Lage der Schuhmachergesellen. Ein altes Sprichwort sage: „Jeder verdient das Schicksal, das er trägt“ und so seien auch die Schuhmacher schuld an ihrer heutigen traurigen Lage. Als die Gewerbetreibende eingeführt wurde, gingen in dem allgemeinen Laumel die Verbände auseinander,

die Jagd nach dem Glücke begann, die größte Mehrzahl blieb in dem Wettlaufe zurück und wurde durch den Konkurrenzkampf der Handwerker unter sich und den des Kapital an den Rand des Verderbens gebracht. Diese traurigen Verhältnisse können nur gebessert werden durch sachgewerbliche Organisationen. In den Arbeiterverbänden erblicke man fälschlicher Weise eine Gefahr für den Staat und wolle denselben nicht wohl, obgleich ein organisirter Arbeiterstand dem Staate dienlicher sei, als eine unorganisirte Masse. Auch trügen die Arbeiterorganisationen wesentlich dazu bei, unüberlegte Streiks zu verhüten, obgleich nichts leichter sei, als eine unzufriedene Masse zu einem Streik zu entlassen. Schon die Thatsache, daß die Arbeiter fest organisirt sind, würde einen segensreichen Einfluß auf die Entschickungen der Arbeitgeber ausüben und so manche unbillige Forderung derselben nicht gestellt werden. Eine unbillige Forderung sei das Verlangen, daß die heutigen Löhne der Schuhmachergesellen noch zu reduzieren. Daß diese Absicht thätiglich bestrebe, bewiesen die an mehreren Orten ausgebrochenen Streiks. Deshalb sollen sich die Berliner Gesellen organisiren und den Kollegen in der Provinz ein leuchtendes Vorbild sein; statt dessen wäre Berlin von der Provinz weit überholt worden. Es sei sehr wohl möglich, daß die Lage der Schuhmacher, sowie aller Arbeiter materiell gebessert werden könne, denn es herrsche kein Produktions-, sondern ein Konsumtionsmangel; die Lage der Arbeiter könne gebessert werden, nicht durch künstliche Organisationen, sondern durch freie Arbeitervereinigungen, welche die kleinen Handwerksmeister mit umfassen. Wie in Amerika die dortigen Arbeitervereinigungen daran gingen, den achtsündigen Arbeitstag einzuführen, müsse auch hier auf eine Verkürzung der Arbeitszeit hingewirkt werden. Durch sogenannte Lohnkommissionen sei gar nichts zu erreichen, sondern nur durch feste Verbände. Wenn auch die Maschinen jetzt noch der Fluch der Arbeiter wären, so sei doch die Zeit nicht mehr fern, wo dieselben ein Segen für die Arbeiter werden würden, indem die Maschinen dann nicht mehr im Dienste einzelner Kapitalisten, sondern im Dienste der Arbeiter stehen und die Produktion so geregelt sein würde, daß sie den Arbeitern auch zu Gute käme, daß nicht mehr Noth und Glend, wie jetzt, unter den Arbeitern herrschen würde. Das heutige wirtschaftliche Leben sei nur noch ein Interessentamp. Deshalb, das Augenmerk auf die Gegenwart gerichtet, sollen die Arbeiter auf die Zukunft vertrauen und auf dem Wege sachgewerblicher Organisation Besserung zu schaffen suchen. Von den Buchdruckern solle ein Jeder lernen, wie es möglich sei, eine Organisation zu schaffen, welche im besten Sinne sowohl auf Arbeitgeber, als auch auf Gehilfen und Lehrlinge einzuwirken vermöge. Wenn Berlin und die Provinz gemeinsam diesem Ziele zustreben, würden auch für die Schuhmacher wieder bessere Tage kommen. — Die Versammlung sahle nach kurzer Diskussion folgende Resolution: „Die heutige allgemeine öffentliche Schuhmacher-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Bod einverstanden. Die anwesenden Schuhmacher verpflichten sich, durch Beitritt zum Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher eine Organisation zu schaffen, welche allein nur im Stande ist, die Lage der Schuhmacher zu verbessern.“ — Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Soll die Lohnkommission fortbestehen oder nicht?“ wurde dahin erledigt, daß die Lohnkommission aufzuheben beschlossen wurde, doch wurden zuvor die Herren: Sperber, Ringer, Heind als Revisoren gewählt, nach deren Berichterstattung die Lohnkommission aufgelöst werden soll.

w. Ein scharfes Streiklicht auf die hiesigen Innungen und auf die Verhältnisse, die in denselben bestehen, warf eine am Montag Abend stattgefundene Versammlung der Schuhmacher-Innung, in welcher der Innungs-Etat und die Angelegenheit des Hausbaues, über welche schon öfter berichtet worden ist, zur Tagesordnung stand. Die Versammlung war von etwa 1000 Innungsmitgliedern besucht. In Vertretung des Magistrats wohnte derselben der Herr Dr. Reschelsohn bei. Gleich bei Beginn der Versammlung schien es, als ob dieselbe überaus stürmisch verlaufen sollte; der Obermeister wollte einen Innungs-„Genossen“ hinausweisen, derselbe fügte sich jedoch nicht, rief vielmehr die Entsendung des Magistratsvertreter an, die auch auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zu seinen Gunsten ausfiel. In der Debatte selbst wurde zunächst von einer Partei die Ablehnung des Beitrages für den von Brandes und Genossen geleiteten Innungsausschuß gefordert, weil derselbe bisher nichts für die Hebung des Handwerks geleistet habe. Die Majorität bewilligte jedoch die Position. Unter betäubendem Lärm vollzog sich die Verathung über den Hausbau. Schließlich wurde der Vorschlag des Obermeisters, die Innung mit 65 000 M. Schulden zu belasten und den Hausbau vorzunehmen, angenommen. Der Beschluß der Innung unterliegt noch der Prüfung der Aufsichtsbehörde und erscheint es zweifelhaft, ob er deren Genehmigung finden wird.

Der Fachverein der Steinträger hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung in Schewer's Salon, Inselstr. 10, ab. Der erste Punkt der Tagesordnung war: Vierteljährlicher Bericht der Vereinskasse, sowie Berichterstattung über den Unterstützungsfonds. Die Einnahme der Vereinskasse betrug 878 M. 35 Pf., die Ausgaben 469 M. 70 Pf., wovon 400 M. dem Unterstützungsfonds überwiesen wurden; es blieb also die Summe von 408 M. 65 Pf. als Kassenbestand. Die Revisoren erklärten, daß sich Kasse und Bücher in bester Ordnung befinden, worauf dem Kassirer Decharge ertheilt wurde. Aldann erfolgte Berichterstattung über den Unterstützungsfonds. Die Einnahme ergab 674 M. 61 Pf., die Ausgaben betragen 56 M. 50 Pf., bleibt demnach eine Reberinnahme von 618 M. 11 Pf. Hierzu der alte Bestand von 1484 M. 5 Pf. ergibt eine Summe von 2102 M. 16 Pf. Davon sind 1700 M. in ägyptischen Stadtschulden angelegt. Herr Kennthaler wies hierauf auf das erfreuliche Resultat der Organisation hin, es sei daran zu erkennen, was durch Einigkeit erzielt werden kann. Auch in diesem Jahre müsse jeder Einzelne seine Schuldigkeit thun. — Aldann wurde ein Revisor sowie ein Hilfskassirer zur Aushilfe an den Versammlungstagen gewählt. Herr Kennthaler legte es Redner, der ein Ehrenamt annehme, ans Herz, dieses Amt gewissenhaft zu verwalten und die Interessen des Vereins nach jeder Richtung zu wahren. Aus der hierauf vorgenommenen Wahl gingen hervor: Herren Buström als Revisor und Habicht als Hilfskassirer. Aldann sprach Herr Kennthaler über das Thema: Die Verhältnisse uneres Berufs und wie sind dieselben zu bessern? Redner führte zunächst aus, daß der Verein während der 4 Monate seines Bestehens so manchen Vortheil für die Kollegen errungen hat, trotz vieler noch beschränkter Kollegen habe man durch die Vereinigung doch schon einen bedeutend bessern Preis erzielt. Redner unterzog aldann einen Artikel des „Bauhändler“ einer Besprechung. Er (Redner) bedeure, daß das genannte Organ die Fachorganisation der Steinträger für nicht planmäßig genug halte, indem es erkläre, „dieselben hätten nicht genug gethan und sich überhaupt zu wenig bemüht, da noch lange keine Einigkeit unter den Steinträgern vorhanden wäre und sie die Fachorganisation nicht richtig angefangen hätten. Diese Fachorganisation der Steinträger wäre so gut wie überflüssig.“ Redner meinte: Wenn man die Vereinigung der Steinträger nicht für fähig halte, die Interessen der Berufsangehörigen zu wahren, so solle doch der „Bauhändler“ in dieser Hinsicht belehrend wirken. Was die Organisation der Steinträger erzieht hat, liege klar zu Tage und werden dieselben auch fernerhin, soviel in ihren Kräften steht, für eine Besserung ihrer Lage zu wirken suchen und dafür Sorge tragen, daß die Fachorganisation der Steinträger planmäßig arbeite, wie sie auch bisher gearbeitet hat. Außerdem würde dem „Bauhändler“ eine Berichtigung seines Irrthums zugehen. Redner

appellirte an alle Steintäger Berlins, reze zu agitieren für das Gedeihen des Fachvereins der Steintäger. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner, die sich im Sinne des Referenten aussprachen. Herr Baumgarten (Bauanschläger): Der Fachverein der Steintäger basire auf einer guten Grundlage und wenn derselbe so weiter fortfähre, sei die Beförderung der Verhältnisse in der Korporation nicht unmöglich. Herr Wiedersheim konstatierte, dass die Organisation der Steintäger als eine junge Vereinigung verhältnismäßig viel erzielt habe. Wenn der „Baubauweiser“ der Reinigung ist, dass die Steintäger planlos gearbeitet haben, so hätte er dieselben aufklären müssen, damit sie nicht planlos arbeiten. Die Steintäger sollen nur darnach streben, eine geregelte Arbeit einzuführen und sie werden nicht planlos arbeiten. Die Kinder würden dann eine vernünftige Erziehung erhalten können und es würde nicht so viel Arbeitslose geben. Vor den Hebewerkmaschinen solle man sich nicht fürchten, dieselben seien bis jetzt noch nicht so konstruirt, dass man sie überall anwenden kann. Folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung des Fachvereins der Steintäger Berlins erklärt sich mit den Ausführungen der Redner einverstanden und verpflichtet, sich mit allen Kräften im Sinne derselben zu wirken.“ Zu Verschiedenes wurde beschlossen, für ein krankes Mitglied eine Teller-Sammlung zu veranstalten. Ferner wurde der neue von der Fachkommission ausgearbeitete Lohnlarif vorgelesen. Herr Krenthaler theilte mit, dass zur Bezahlung desselben eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden soll. Ein auf den Tarif bezüglicher Antrag soll dieser Versammlung ebenfalls überwiesen werden. Ferner wurde bekannt gemacht, dass die noch ausstehenden Sammelisten vom vorigen Jahre in kürzester Zeit bei Herrn Krenthaler, Büdlerstraße 10, abzuliefern seien und dass eine allgemeine Arbeiterversammlung am 31. d. Mts. stattfinden soll. Weiter wurde mitgetheilt, dass die Versammlung der Kranken- und Begräbniskasse der Bau- und Fabrikarbeiter, G. H., am Sonntag, den 17. d. Mts., bei Reiz, Naunynstraße 27, stattfindet. Dem Schluss forderte der Vorsitzende zu recht zahlreichem Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“ auf, da dasselbe die Interessen der Arbeiter auf das Sorgfältigste vertritt.

Der Arbeiter-Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt wollte am Montag Abend in Funke's Salon eine General-Versammlung abhalten. Als jedoch der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung dem verstorbenen Hofbaurath Demmler einen kurzen Nachruf widmete und die Versammlung zu Ehren des Verstorbenen sich von ihren Sigen erhob, erklärte der überwachende Polizei-Beauftragte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes für aufgelöst.

Große öffentliche Versammlung der Drechsler und verwandten Berufsgenossen am Mittwoch, den 13. Januar, Abends 8 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79 (unterer Saal). Tagesordnung: 1. Unsere Lohnbewegung im vorigen Jahre und die Nothwendigkeit der Wiederaufnahme derselben in diesem Jahre. 2. Verschiedenes. Ausgabe der Quittungsarten zum Generalfonds. Sämtliche Branchen des Gewerks sind zu dieser Versammlung eingeladen. Alle diejenigen, welche Sammelisten in Händen haben, werden ersucht, dieselben in der Versammlung abzuliefern.

In der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Frauen und Mädchen Deutschlands (G. H. Offenbach a. M.) haben in der hiesigen Verwaltungsstelle durch die Neuwahlen große Veränderungen stattgefunden. Der neue Vorsitzende Herr Bielefeld wohnt Gützkamerstr. 94, ebenso sind die Sachstellen zum größten Theil geändert; für den Norden ist Frau Großmann, Wolgaststr. 8, III.; für den Nord-Osten Frau

Strauß, Rehnerstr. 6, pt.; für den Osten Frau Marie Schneider, Blumenstr. 29; für den Süd-Osten Frau Emma Schneider, Naunynstr. 60, gewählt worden. Der Kassier Herr Schiele wohnt Wasserthorstr. 69, III.

Im Verein für die Reform der Schule und Erziehung spricht Donnerstag, den 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Andreasstraße 21, in Keller's Salon, Herr Dr. Schläger über die schul- und kirchenpolitischen Verhältnisse Belgiens mit Hinblick auf Deutschland. Hierauf Korreferat, Fragebeantwortung und Diskussion. Zutritt haben nur Herren.

Arbeiter-Bezirksverein Südost. Mittwoch, den 13. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Urania“, Brangelstr. 9 u. 10, General-Versammlung. Tagesordnung: 1. Rückblick auf die Thätigkeit des Vereins. 2. Kasienbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes und Fragekasten. — Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen. Legitimation erforderlich.

Verein für Technik und Gewerbe, Mittelstraße 65 heute Abend 8 1/2 Uhr Vortrag. Gäste sind willkommen.

Vermischtes.

Die Vielweiberei im christlichen Deutschland war früher einmal nicht nur gesetzlich erlaubt, sondern wurde sogar von der Obrigkeit gewünscht. Es geschah dies kurz nach dem westfälischen Frieden, nachdem der entsetzliche dreißigjährige Krieg Deutschland verarmt und entvölkert hatte. Gewerbe und Handel lagen darnieder aus Mangel an Menschen. Man konnte meilenweit reisen, ohne in den niedergerannten Ortshäusern eine menschliche Seele anzutreffen, und so war der Beschluss, welchen der fränkische Kreisstag zu Nürnberg am 14. Februar 1650 fasste und veröffentlichte, zwar seltsam, aber begründet. Dieser in „Schorer's Familienblatt“ mitgetheilte merkwürdige Beschluss, der die Bigamie sanktionirte, lautet nach dem Alten wörtlich: „Es soll hierfür jedem Mannspersonen 2 Weiber zu heyrathen erlaubt sein: dabei doch alle und Jede Mannsperson ernstlich erinnert, auch auf den Rangeln öfters ermahnt werden sollen, sich dergestalten hierinnen zu verhalten und vorzusehen, daß er sich völlig und gebührender Discretion und versorg besteihe, damit Er als ein Christlicher Mann, der ihm 2 Weiber zu nemmen getraut, beide Ehefrauen nicht allein nothwendig versorge, sondern auch unter ihnen allen Unwillen vertheile.“ Wie lange dieser Beschluss gesetzliche Kraft hatte, ist leider nicht mehr zu ermitteln.

Diogenes über die Ehe befragt, antwortete: „Ist Deine Frau reich, so wird sie Dich beherrschen; ist sie arm, so wird sie Dich ruiniren; ist sie häßlich, so wird sie Dich mißfallen; ist sie hübsch, so wird sie Dich täuschen.“ Um indeß Niemand zu entmuthigen, modifizierte er diese pessimistische Ansicht und fügte hinzu: „Was schadet es aber, ob sie reich, arm, häßlich oder hübsch sei! Liebt sie Dich, und Du liebst sie, so ist eine Ehe der einzige Weg zum wahren Glück.“

Kleine Mittheilungen.

Nachen, 10. Januar. Ein so schreckliches Unglück wie der Brand der Spinneret von Kayser und Biesing hatte Nachen seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen. Bis heute konnte der Verlust an Menschenleben noch nicht festgestellt werden, weil das Ausräumen der Trümmer mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, doch ist es kaum zweifelhaft, daß die bis heute Vermissten, heben an der Zahl, darunter 4 weibliche Personen und 5 jugendliche Arbeiter, als unermessliche Reste unter dem wirren, grauenvollen Durcheinander von verbogenen Maschinen und verholten Balken

begraben liegen. Eine Reihe von Särzen steht bereit, einzelnen Ueberlebenden aufzunehmen. Wie es kam, so viele Menschen Glend zu Grunde gingen, wird niemals aufgeklärt werden, es läßt sich nur vermuthen, daß die Verunglückten zumest unter dem Einwirken und ihnen durch das mit rasender Schnelligkeit um sich greifende Feuer der Rettungsweg nach unten abgeschnitten wurde. Einem Spinnmeister gelang die Rettung des Fadenendes dadurch, daß er das Dach bestieg und sich an die zur Entferrnung des Abdampfes dienenden Rohre herumließ. Zwei Umstände bei dem Brande weisen dringend auf eine Aenderung der bestehenden Sicherheits- und baupolizelichen Vorschriften hin. Zunächst steht es fest, daß die gebrachten eisernen Rohleitern von dem Personal der Spinneret zur Rettung nicht benutzt worden sind, und fernert, es den Fluchtenden unmöglich gewesen wäre, sich durch eines der 15 großen Fenster des nicht hohen ersten Stocks vermittelst eines Sprungs in den Hof zu retten. Sämtliche Fensteröffnungen sind nämlich durch vollständige Stäbe, die fest in die Mauer eingelassen sind und kleine Gekerbungen, vergittert, die einzelnen Gekerbungen aber sind so groß, daß selbst sie in der Mitte befindlichen, etwas höher einem erwachsenen Menschen keinen Durchgang gewähren. Diese Weise ist, da sich die Fenster auch fülligartig öffnen lassen, hier der Ausweg versperrt. Solche Fenster kann man in vielen hiesigen Fabriken finden. Bedenkt nun, daß Spinneretien mit ihrem öl- und fettgetränkten Werk, mit ihren die Flamme schnell verbreitenden und erstickenden Qualm erzeugenden Garmassen außerordentlich feuergefährlich sind und bei einem ausbrechenden Brande in den oberen Stockwerken Arbeitenden in höchster Gefahr schweben und nur Minuten für ihre Rettung haben, so dürfte sich gerade mit Bezug auf eisernen Fenster eine Aenderung der baupolizelichen Bestimmungen unumgänglich nothwendig erweisen. Im Reichlande wird die Anlage von Spinneretien, im Hinblick auf ihre Feuergefährlichkeit, nur zu ebener Erde gestattet; wo diese Vorschrift nicht besteht, müßten wenigstens Anordnungen getroffen und auf's Strengste durchgeführt werden, welche den in den oberen Räumen von Spinneretien Beschäftigten im Falle der Feuergefahr möglichst viele Ausgänge selbstständig aber solche aus allen Fenstern zur Verfügung bieten. Es ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß die Anzahl von älteren Spinneretien in Nachen gegenwärtig bei einer Feuerbrunst erhebliche Verluste an Menschenleben der Brand der noch verhältnismäßig neuen Spinneretien von Kayser u. Biesing mit seinen Oefern an maßgebender Stelle den Anlaß zu einer durchgreifenden Revision der für Gebäude geltenden bau- und sicherheitspolizelichen Vorschriften geben wird.

Briefkasten der Redaktion.

R. Weber. Annonce kam für die gestrige Nummer zu spät.

G. J. Stralauerstraße. Wenn sich der Arbeitgeber gewissen Zwischenräumen davon überzeugt, ob die bei ihm beschäftigten Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen ihre Beiträge regelmäßig bezahlen, so können wir darin durchaus nichts Sonderliches finden. — Es geschieht dies ja nicht allein im Interesse des Arbeitgeber, sondern die genannten Kassen werden dadurch vor säumigen Zahlern bewahrt, deren sie ja noch allzuvielen haben.

Abonnent Bernau. Ihre Frage, betreffend den ordneten v. B., ist mit ja zu beantworten. Weiteres in der nächsten Nummer.

Theater.

Mittwoch, den 13. Januar.
Tavernhaus. Toni's Schatz. Zum Schluss: Militaria.
Schauspielhaus. Camont, Trauerspiel in 5 Akten von Goethe. Musik von L. van Beethoven.
Deutsches Theater. Emilia Galotti. (Gräfin Orsina: Frau Julia Behre v. Igl. Hoftheater in Rassel als Gast.)
Residenz-Theater. Clara Soleil. Vorher: Die Schulmeisterin.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Rafaela, Operette in 3 Akten von Max Wolf.
Walhalla-Operetten-Theater. Ramsell Angot.
Ballner-Theater. Frau Direktor Sülze.
Welle-Alliance-Theater. Lucinde vom Theater.
Central-Theater. Der Stadt-Trompeter.
Louisenstädtisches Theater. Lucrezia Borgia.
Viktoria-Theater. Messalina.
Dionys-Theater. Wir Berliner.
Königsstädtisches Theater. Die Marionetten des Teufels.
American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.
Friesel und Wiesel, Voffe mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) von Ed. Jakobson. Musik von G. Lehnhardt.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, bei Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, bei Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bons haben Wochentags Stillsitz und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama. Eine interessante Rheinreise. Amerika-Kalifornien. Mond. Nur noch diese Woche: Weihnacht-Ausstellung: Das Leben Jesu. Jerusalem, Bethlehem u. Eine Reise 2 Pf., Kinder nur 10 Pf. Abonnem.

Eine gute Schlafstelle für 2 Herren bald oder zum 1. Febr. zu verm. b. Kolbin, Belle-Alliance-Platz 8, Hof IV. (Gartenaußicht).

Verspätete Dankagung.

Allen Freunden, Bekannten, Kollegen und Bekannungsgegnen sagen wir unsern tausendfachen Dank für die ausopfernde und zahlreiche Begleitung, für die prächtigen Blumen, Kränze und Schleifen, mit welchen sie meinem lieben Mann, unserm Bruder und Schwager, den Tischler Richard Hirsch, zu seiner letzten Ruhe beehrt haben. Welcher Trost und welche schöne Erinnerung wird in unserm Gedächtniß ewig bleiben, bei allem Gram und Kummer, den ich mit durchgelämpft habe als Frau Wittwe Anna Hirsch nebst Geschwister und Schwager.

Uhren-Fabrik G. Scharnow

162 Oranienstraße 1 1/2, Ecke Reichplatz.
empfiehlt sein Lager aller Arten Uhren, als
Gute gebr. Silberne Gylind. Uhren 8 M. Neue Silberne Gyl. Uhren (abg.) v. 15 M. an. Neue Remontoir von 24 M. an. 416. Anker-Uhren v. 25 M. an. Neue Remontoir v. 35 M. an. Regulator, 14 Tage gehen, v. 15 M. an. Gute Schwarzwalder Uhren von 4,50 M. G. lo. Damenuhren v. 25 M. an. G. lo. Herren-Remontoir v. 55 M. an. Herren-Talmiretten v. 2 M. an. Damen-Retten mit Quaste v. 4 M. an. Eine Gylind. Uhr reinigen 1,50 M. Eine neue Feder 1,50 M. Für jede bei mir verkaufte und reparirte Uhr liefere 2 Jahre schriftliche Garantie. [308]



Masken-Garderobe

F. Stenzel, Dresdenstraße 21. Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen. Vereine Ermäßigung.

Große Auswahl in [251] Masken-Garderobe zu billigsten Preisen. Anzüge schon von 1 M. an. R. Klose, Reichensbergerstr. 167.

Elegante Masken-Garderobe C. Tietz, Dresdenstraße 37. Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 Mark. Vereine besondere Begünstigungen.

Wichtig für Hausfrauen, Waschanstalten etc.

Seifenpulver

der rheinischen Soda-Fabrik von F. E. Lelsel, Mülheim am Rhein.
Anerkannt bestes und billiges Wasch- und Reinigungsmittel, macht die Wäsche blendend weiß, enthält keine schädlichen Bestandtheile, erspart viel Zeit und Arbeit. Eignet sich auch sehr zum Reinigen von Fußböden, Fenstern, Metallen etc.
1/2 Pfd. des Pulvers ersetzt 2 Pfd. Seife. Probepackete 20 Pf. Aufträge von 10 Pfd. an frei in's Haus.
Respekt. Seifen-, Drogen- und Kolonialwaaren-Handlungen als Debitoren werden gesucht.

Hugo Jacobsohn & Co.,

General-Debitoren, Berlin S., Presdenner-Straße 106.

Aktua. Auf Verlangen des Herrn Hugo Jacobsohn beschreibe ich demselben hiermit, daß in meiner Anstalt nur Seifenpulver der rheinischen Sodafabrik in Gebrauch kommt und dieselbe sich vorzüglich bewährt. Frau Falberg.

Am 15. Januar 1886 Ziehung der fünf

Kunstgewerbe-Lotterie des Architekten-Vereins zu Berlin
Hauptgew.: 10,000, 3000, 2 à 1000, 4 à 500 Mk.
Gesamtwert der Gewinne 60,000 Mark.
Loose à 1 Mark, auf 10 Loose 1 Freilos — auch gegen Coupons und Marken, empfiehlt und versendet der Loose-General-Debitur

Lotterie

Carl Heintze,

Bankgeschäft, Berlin W., Unter den Linden
(Für frankirte Loose sendung sind 20 Pf., für Einschreiben 40 Pf. beizufügen.)

Möbelpolierer!

Ueber die Genossenschaft „Selbsthilfe“, Fruchtstr. 65, ist die Sperre verhängt worden wegen Lohnreduktion. Zugang ist fern zu halten. Näherer Bericht folgt. Rob. Weber.

Arbeitsmarkt.

Achtung! Mitglied der Dreddener Zentral-Kasse für Fabrik- und Handarbeiter, Filiale 80., welches arbeitslos oder einige Stunden des Tages frei ist, möge sich melden Abends 8 Uhr bei Spiller, Schleißstr. 7, III. 418

Im Verein für die Reform Schule und Erziehung

spricht am Donnerstag, den 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Andreasstr. 21, bei Keller, über: „Die kirchen- und schulpolitischen Verhältnisse Belgiens, mit Hinblick auf Deutschland. Hierauf Korreferat, Fragebeantwortung und Diskussion. Zutritt haben nur Herren.

Frage.

Sagen Sie bloß, Frau Nachbarin, haben Sie denn immer so leicht Ihre rein, weiß und sauber?

Antwort.

Seitdem ich Seifenpulver der rheinischen Sodafabrik gebrauche, dasselbe ist blendend rein, weiß und sauber.